

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Nachr.

Abonnementspreis 50 Bfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebengepaaltene Kolonne jeile resp. deren Raum 1.— Mark.

Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 90.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraph-Adresse: **Altverband Wochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Offen.** Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Wochum, Niemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Lohnreduktion.

Noch liegen dreihundert Tote Verfümmelt im Radbodschacht, Und wieder schon wird den Knappen Abzug am Lohne gemacht. —

Sie sollen noch mehr sich hasten, Und mehr noch scharren zu Hauf' Der Kohlen vor Ort und Pfeiler, Geht auch das Leben darauf. —

Das Leben der armen Knappen Es steht so hoch nicht im Wert, Doch Kohlen — das ist was' andres, Die werden immer begehrt. —

Ja, Kohlen gibt es zu hauen Noch mehr bei minderem Lohn, Das steigert die Dividende, Spricht's auch der Sicherheit Hohn. —

Und liegen dreihundert Tote Auch noch im Radbodschacht, Was nützt das Klagen und Sinnen — So werden Profite gemacht. —

H. K.

## Wie Herr von und zu Löwenstein zitiert.

Herr Bergassessor von und zu Löwenstein ist seit Abgang des Herrn Bergmeisters Engel der Geschäftsführer des Bergbauischen Vereins für den Radbodschachtbergbau, zugleich Geschäftsführer des Beschußverbandes, dessen **Schwarze Listen** fortgesetzt die Öffentlichkeit beschäftigen. Die Unternehmungsorganisation hat seit gerannem Zeit einen „Berichtungs-Bienst“ organisiert. Hat ein Arbeiterbetreuer oder ein Arbeiterblatt auch nur eine formale Unrichtigkeit behauptet, prompt erfolgt eine Berichtigung. Es dürfte angenommen werden, daß der Geschäftsführer der Berichtigungsbüro sich nun selbst auch kontrollierte, damit er nicht in seinen Veröffentlichungen der Öffentlichkeit ein falsches Bild von dem Gegner biete. Mindestens nicht absichtlich.

Wie Herr von und zu Löwenstein den Grundfah: „Abel verpflichtet“, befolgt, das ist recht bemerkenswert. Er sieht haarscharf auf die Publikationen der Arbeitervertreter, hat aber selbst die Gelegenheit, wo er in der Lage war, die Ansicht eines Gegners in einer wichtigen Angelegenheit getreu wiederzugeben, benutzte, um mich als einen Veringschäner der Arbeiterkontrollen vorzustellen!

In der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, abgehalten am 30. Januar 1909 in Berlin, im Hotel Adlon, referierte Herr Bergassessor von und zu Löwenstein über die preussische Berggesetznovelle betr. die Sicherheitsmänner. Dem nun vorliegenden offiziellen Bericht (Verhandlungen usw. des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Nr. 114, Februar 1909) entnehme ich, daß Herr von und zu Löwenstein auch referierte über einen Artikel, den ich am 14. Juli 1908 (Herr von und zu Löwenstein behauptet am 30. Juni 1908; in der „Mh.-Westf. Btg.“ vom 13. Februar d. J. schreibt einer ihrer Mitarbeiter, auch wohl Herr von und zu Löwenstein, am 14. Juli 1907) in der „Bergarbeiter-Zeitung“ aus England veröffentlicht habe. In diesem Artikel heißt es:

„Die englischen Unfallsziffern sind seit Jahrzehnten ständig gesunken und stehen zur Zeit circa 60 Prozent niedriger wie die deutschen, die sich außerdem gegenüber den früheren Jahrzehnten eher gehoben als gesenkt haben. Woran das liegt, werde ich bei Besprechung der Arbeitsverhältnisse zu zeigen versuchen. Doch will ich jetzt schon auch einen von mir früher gehaltenen Irrtum berichtigen. Die Arbeiterkontrollen haben weniger Verdienst an der Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse, wie wir in Deutschland gemeinhin annehmen.“

Nur so weit zitiert Herr von und zu Löwenstein meinen Artikel, um daran die Bemerkung zu knüpfen, ich hätte die „Beobachtung gemacht“, daß die „Kontrollen im britischen Bergbau wenig zur Verhütung von Unfällen beitragen.“

Hätte Herr von und zu Löwenstein auch die den von ihm zitierten gleich folgenden Sätze aus meinem Artikel seinen Zuhörern mitgeteilt, dann ging freilich der „ganze Effekt“ des Löwenstein'schen Zitats verloren, aber die Delegierten des Zentralverbandes wären nicht tendenziös unterrichtet worden. Auch Herr Abg. Friedberg, der am 16. d. M. bei der ersten Beratung der „Sicherheitsmänner“-Vorlage im preussischen Landtage auf das Zitat des Herrn von und zu Löwenstein hereingefallen war, war vor dieser Vorkstellung behütet, wenn Herr von und zu Löwenstein gemißtrauischer zitiert hätte.

In dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ heißt es nämlich weiter: „Das englische Berggesetz gestattet den Arbeitern, auf ihre Kosten einen Grubenkontrollen mit der Befragung der Baue zu beauftragen. Von diesem Recht wird aber vielfach kein Gebrauch gemacht. Woher trotzdem die günstige Unfallsziffer? Wo die Bergschafften organisiert sind — was bei der großen Mehrzahl der Fälle ist — da melden die Ortskammeradsherrn, wenn die Betriebsleitung etwaige Mängel nicht abhafft, dies der Organisationsvertretung (Lokal-Komitee). Dieses begibt sich zu dem Betriebsführer und veranlaßt ihn, den gefährlichen Mangel zu beseitigen. In der Regel geschieht das; wo aber die Betriebsleitung sich ablehnend oder faulellig verhält, allen gültigen Zurechen ihr Obr verweigert, da fährt die Bergschafften einfach nicht an! Will die Betriebsleitung Kohlen haben, so muß sie erst für die Sicherheit der Menschen leben sorgen. Und so sehen wir dann die starke Arbeiterorganisation tätig als die beste Unfallsverhütung. Wert's auch Kameraden!“

Wer diese Sätze liest, dem wird sofort klar, warum Herr von und zu Löwenstein sie nicht verlas. Wollte er mich als „Kronzeugen“ benennen.

gut, aber dann war es seine Pflicht, auch den Teil meines Artikels zu zitieren der die vorhergehenden Sätze erst erklärte! Das tat Herr von und zu Löwenstein nicht. Hätte er das Zitat vollständig vorgetragen, dann erfuhren seine Zuhörer, welche entscheidende Bedeutung für die Grubenarbeiter eine starke Arbeiterorganisation besitzt! Das auch zu sagen, paßte Herrn von und zu Löwenstein nicht in seinen Kram. Er betrachtet es ja gerade als seine Aufgabe, die „Verpflichtung“ einer selbstbewußten Bergarbeiterorganisation immer wieder zu schildern. Schon der verstorbene Abg. Lieber sagte gelegentlich der Berggesetzberatung im preussischen Landtag 1892, die eigentlichen Scharfmacher seien oft nicht die Bergwerksbesitzer selbst, sondern ihre Generalsekretäre und Generaldirektoren. Herr von und zu Löwenstein hat es unterlassen, den Delegierten des Zentralverbandes auch meine Erklärung für die von mir in England gemachten Beobachtungen vorzulesen. Das mußte die Zuhörer in ihrem Widerstand gegen die Arbeiterkontrollen noch bestärken. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Grubenverwaltungen sich eher mit den Arbeiterkontrollen abfinden, als mit der Methode der Selbsthilfe wie sie die englischen Bergschafften anwenden. Herr von und zu Löwenstein hat also ein verzerrtes, dann unwarhaftes Referat über meinen Artikel erstattet, dadurch die vorhandenen Gegenstände absichtlich, wohlüberlegt verschärft!

Ob eine solche Zitiermethode dem Grundfah: „Abel verpflichtet“ entspricht, darüber mag Herr von und zu Löwenstein nachdenken. Otto Hue.

## Im Kampf ums Leben!

Uns Leben der Bergarbeiter gilt der Kampf der nun seit Wochen von den Bergarbeitern in allen deutschen Bergrevieren in schärfster Weise geführt wird. Die Massenkatastrophe von Radbod hat den Stein ins Rollen gebracht. So hörten wir im Parlament aus dem Munde des Bergwerksministers. Wie würde den christlichen Bergarbeitersführern das Herz höher geschlagen haben, hätte der Minister konstatiert, daß es die berühmte, wie die jetzt berühmte Petition des christlichen Gewerkevereins gewesen wäre, die die Frage des Lebensschutzes für die da unten in der Tiefe neu in Fluß brachte. Die großen und kleineren Agitatoren des christlichen Gewerkevereins, die von der wunderbaren Wirkung ihrer Petition nach gen. Richtung schon in den Versammlungen und sonstwo Kunde gegeben haben, müssen nun sich bequemen, ihre Zungen für ihre Sache einzuziehen. Nein, wollen diese Art Agitatoren die Worte des Ministers in der Sitzung des preussischen Landtages vom 16. Februar recht interpretieren, dann müssen sie nunmehr ihren Kameraden in den Revieren erzählen, daß bei uns bis zu den Ministern hinauf die Ueberzeugung sich Bahn gebrochen hat, daß durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie, diese sich die Seele eines großen Teils der deutschen Arbeiter hat das in den letzten Wochen getriebene Spiel verloren. Und wir, wir sind zufrieden, wenn man oben in den Regierungsregionen anfängt, in Wettbewerb mit der Sozialdemokratie zu treten, um die Seele der Bergarbeiter zu kämpfen. Wie schöne Worte, ach, wenn sie sich doch in Wirklichkeit umsetzen!

Um die Seele der Bergarbeiter geht es. Wir sagen, es gilt um das Leben der Bergarbeiter! Um letzteres hat aber der Kampf nicht erst heute, sondern schon seit Jahrzehnten begonnen.

Für die Regierung in Preußen mag die Katastrophe von Radbod der äußere Anlaß gewesen sein, sich der Bergarbeiter und ihrer Forderungen zu erinnern. Für uns hingegen war das Massenunglück eine traurige Episode, gar die traurigste, die wir in Deutschland erlebt haben. Unsere Wünsche und Forderungen knüpfen sich aber nicht allein an den Namen Radbod. Jurist liegt Reden, Rosseln, Bornissa, Zollern, Karolinenthal, Kleophas, Frankenthal, Kaiserstuhl, Hibernia! Nur einige, von den vielen, wo der Tod grausig gehaht.

Halle! In diesen Namen knüpft sich der Anfang des organisierten Kampfes um Lebensschutz für die Bergarbeiter Deutschlands. Bis dahin hatte man es noch vermocht, die Bergarbeiter, wie die Öffentlichkeit durch das Gaukelspiel von „der Gewalt, der man nicht vorbeugen kann“, einzuwiegen. Lagen die Bergarbeiter zu Duzenden auf der Bahre, dann wandte man sich an diese „Gewalt“, im schlimmsten Falle bezichtigte man die Toten selbst, irgend einen von ihnen ohne Namen, der Schuld an dem Tode seiner Kameraden. Genau so, wie Herr Professor Dertmann's Erlangen in seinem Gutachten für die Ruhrgrubenbesitzer den Bergleuten die Schuld für Radbod in die Schuhe schob.

Ein Professor, unten in Erlangen, erfachte sich, daß den Bergleuten kalten Blutes zu sagen. Ein Mann, der vom Bergbau und der Bergbauarbeit soviel versteht, wie der kleinste Säugling. Wir laden den Herrn ein, seine Nachweisungen über die von ihm gedachte „Wissenschaft“ über die Ursachen der Massenkatastrophen den Ruhrbergleuten vorzuführen.

In Halle traten 1890 die Vertreter der Bergarbeiter Deutschlands zu einem Kongress zusammen. Die Frage des Lebensschutzes spielte eine Rolle auf ihm. Man erkannte an, daß es Missetände auf den Werken selbst sein müssen, die zu den Katastrophen führen, um diesen Missetänden aber von vornherein zu begegnen, dazu sollten Arbeiter mit zur Bergaufsicht gezogen werden. Die Theorie von der „Gewalt, der man nicht vorbeugen kann“, fand nicht einen einzigen Verfechter auf dem Kongress, obwohl hier Bergarbeiter aller Parteirichtungen und der verschiedensten Religionsität anwesend waren. Wie gesagt, von Halle aus datiert der organisierte Kampf der Bergarbeiter um Lebensschutz und gegen die Preisführung der Öffentlichkeit nach Massenkatastrophen. Wohl erlebten wir, daß man die allzulauten Rufen in den Revieren warf, aber das hat sich, inzwischen gesagt, nachdem unseren Kameraden in den Bergrevieren die Augen geöffnet waren. Katastrophen kamen, aber es kamen auch die Unfälle gegen das vorherrschende System auf den Revieren, das

zu den Katastrophen führen mußte. Von der Organisation der Bergarbeiter wurde der Kampf geführt — nicht um die Seele, wohl aber um das Leben der Bergarbeiter! Wir wollen nicht an die Einzelheiten dieses Kampfes erinnern. Nur eins wollen wir sagen. Was in den wohlweisen Schädern der Minister und ihrer Geheimräte, ihrer Beamten überhaupt, jetzt anfängt zu reifen, war die feste Ueberzeugung armer ungebildeter Arbeiter schon vor 20 Jahren. Die Forderung, zu der Werkskontrolle auch Bergarbeiter heranzuziehen, war aber damals genau so berechtigt wie heute. Und doch blieb diese Forderung der Bergarbeiter unbeachtet, bis Radbod endlich die Gewissen bei den Herren am grünen Tisch aufpeitschte. Innerhalb dieser 20 Jahre hauchten mehr als 20000 Bergarbeiter ihre Seele aus, um die man vor zwanzig Jahren und länger hätte sich kümmern sollen! Jetzt will man das am Regierungstisch nachholen. Das ist mir zu begrifflich.

Nur scheint es uns, als ob die Herren von der Regierung nicht die rechten Wege zu den Herzen der Bergarbeiter fänden. Will man den Bergarbeitern helfen, will man sie befreiben, dann darf man nicht vergessen, daß die Bergarbeiter auch Wünsche haben und solche auch ansprechen. Noch im Anfang dieses Monats haben Vertreter von circa 150000 Bergarbeitern in Berlin auf einem Kongress ihre Wünsche und Forderungen vorgetragen und formuliert. Was die preussische Regierung aber dem Landtag in ihrer neuen Berggesetznovelle vorgetragen hat, stimmt mir im Prinzip mit diesen Wünschen der Bergarbeiter überein, nicht in ihrem Inhalt. Und daraus meinen wir, daß man zunächst weniger auf die Seele der Bergarbeiter, als auf eine gründliche Reform des Berggesetzes Acht geben sollte. Gründliche Reform, den besten Lebensschutz, das ist das A und O um das sich die Wünsche der Bergarbeiter drehen. Die Regierung hat die neue Berggesetznovelle dem preussischen Landtag zur Beratung überwiesen und es hat sozusagen die erste Lesung der Novelle im preussischen Landtag am 16. und 17. Februar stattgefunden.

Was die Regierungsvorlage bringt, das haben wir in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ gezeigt. Ungünstliches hinten und vorne. Die Vorlage ist weit zurückgeblieben hinter dem, was die Bergarbeiter wünschen und verlangen können. Und daß die Novelle an den preussischen Landtag, diesen Hort schlimmster Reaktion, gehen mußte, läßt nicht die Hoffnung bei den Bergleuten aufkommen, daß die Vorlage eine gründliche Verbesserung erfahren wird und zwar in der Richtung wie sie der Kongress der Bergarbeiter vorgezeichnet hat. Geht es denn, dann sind Wunder geschehen. Vorweg an dieses Wunder zu glauben, daran hindern uns die bösen Erfahrungen, die die Bergarbeiter schon in früheren Jahren mit dem preussischen Landtag machen mußten.

Der Minister hat an das Gefühl der Abgeordneten appelliert, hat die Vorlage hingestellt — endlich — als eine Notwendigkeit.

„Meine Herren, ich habe die Ueberzeugung: Sie schaffen, wenn Sie den Gesetzentwurf so, wie er Ihnen vorgelegt wird, annehmen, ein Werk von Bedeutung. Sie tun ein Werk, das uns in die Lage versetzt, wieder den Weg zu finden zur Seele eines großen Teils unseres deutschen Volkes und das ist der Grund, warum ich Sie bitte, die Vorlage anzunehmen.“

So sprach der Minister. Was muß da alles schon geschehen sein, daß man das Vertrauen der Bergarbeiter verloren hat. Die Beantwortung dieser Frage ist die Antwort auf das, was zu tun ist, um das Vertrauen der Bergarbeiter zu erwerben. Und was zu tun ist, das hat der sozialdemokratische Abgeordnete Veinert in einer prächtigen Rede dargelegt und begründet. Dafür erntete er Spott und Hohn und Angriffe seitens der Redner der bürgerlichen Parteien ein. Wir nehmen den freisinnigen Redner aus. Wir möchten nur auf die Reden der konservativen Abgeordneten hinweisen und nicht zu vergessen auf die Rede Zumbusch's, die der Rede Veinert's vorherging und auf die Rede des Gefinnungsgenossen Zumbusch's, des Offener Rechtsanwalts Bell, der nach Veinert sprach.

Zumbusch stellte sich auf den Boden der Regierungsvorlage — nur einige Verbesserungen wünschte er hier und da. Zumbusch die alten langjährigen Forderungen der Bergarbeiter in der Frage der Grubenkontrolle preis. Er ging soweit und warf die Bergarbeiter, die sich dieser Forderung heute erinnern und erinnern müssen, mit den Scharfmachern in einen Topf! Daß er die Kongressteilnehmer nicht als verkaufte Subjekte der Grubenbesitzer hinstellte, war alles. „Man erlebt das Schauspiel, Scharfmacher und Sozialdemokraten Arm in Arm zu sehen“. Das magte Herr Zumbusch Leuten ein Gesicht zu schleudern, die schon für die Bergarbeiter kämpften und litten, als Herr Zumbusch noch nicht die ersten Höfchen angezogen hatte. Herr Zumbusch ist Bergarbeiter, der ergibt, praktische Kenntnisse im Bergbau zu haben und sich dessen rühmt. Man vergleiche aber seine Rede mit der des einstigen Tagevergers Veinert. Das christliche Bergarbeiterorgan, der „Bergknappe“, sollte beide Reden — die des Zumbusch und Veinert's — zum Abdruck bringen und dann das Urteil verständiger Bergarbeiter abwarten. Nun, wir haben in einem Flugblatt, das in diesen Tagen die Bergarbeiter in den Bergrevieren erreichen wird, alles das gesagt, was über die Berggesetznovelle und ihre Behandlung im Parlament, wie durch Zumbusch's Freunde in der christlichen Gewerkevereinsleitung zunächst zu sagen ist. Es erübrigt sich darum, des längeren und breiteren auf die Verhandlungen im Landtage an dieser Stelle einzugehen.

Aber eins sei jetzt gesagt. Wenn das der Anfang ist, was im preussischen Landtag am 16. und 17. Februar geschah, um die Seele der Bergarbeiter zu erringen, dann hat man schon jetzt damit Bankrott gemacht. Dann mag sich der Minister noch so große Mühe geben. Was er glaubt, erreicht zu haben, wird ihm durch solche Reden, wie am 16. und 17. Februar von den konservativen Rednern Zumbusch und Bell wieder verdorben werden. Mag der Minister also dafür Sorge tragen, daß die Kommission, in die die Vorlage verwiesen ist, sich nicht so in Beschimpfungen der Bergarbeiter ergeht, wie es an oben genannten Tagen geschehen ist. Und mag er dafür sorgen, daß der Rathhandel da drinnen in der Dunkelkammer nicht ähnliche Ergebnisse zeitigt, wie in den Jahren 1906 und 1906. Das ist der Wunsch, den wir hier ansprechen. Was die Regierung getan hat, erkennen wir an als eine Anerkennung des Prinzips, für das wir seit Jahrzehnten kämpften in der Frage des Lebensschutzes. Aber man täusche sich nicht. Will man die Bergarbeiter zufrieden stellen, dann prüfe man das ernstlich, was sie als Anforderungen zum Schutze ihres Lebens stellen. Den Kampf um die Seele der Bergarbeiter stelle man richtig solange zurück, bis der Kampf um das Leben der Bergarbeiter entschieden ist im Sinne der Bergarbeiter.

# Allgemeiner deutscher Bergarbeiter-Kongress in Berlin.

Berlin, Mittwoch, den 8. Februar.

Vorsitzender Sachsse eröffnet die Sitzung. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 8 lautet: **Verbot und Bekämpfung der Schwarzen Listen, des Verfalls und der dauernden Sperren.**

Referent ist Sosinski (poln. Berufsver.): Die Frage der Schwarzen Listen beschäftigt uns zum ersten Mal auf einem Bergarbeiterkongress. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung hat die Bergwerkebesitzer zur Verzweiflung getrieben. Sie haben sich ebenfalls Organisationen geschaffen und unter anderem solche, die den Zweck haben, die Arbeiter, die sich nicht beugen wollen, brotlos zu machen, so unter anderem der Zechenschwerverband im Ruhrbezirk. Die Forderungen, die dieser Verband gestellt hat, sehen sie in den Schwarzen Listen, wie sie im Saale ausgeteilt worden sind. Nicht nur kontraktbrüchige Arbeiter werden in Verfall auf Monate hinaus erklärt, sondern auch Arbeiter und Beamte, die sich keinen Kontraktbruch zu Schulden kommen lassen. Geklagt es einem der ausgesperrten Arbeiter und oftmals auch einem auf legalem Wege gekündigten Arbeiter dennoch, auf irgend einer Zeche anzukommen, dann dauert es nicht lange und man hat ihn ausfindig gemacht. Er wird unbarbarisch auf's Strafenplanke geworfen. Wochenlang, monatelang haben solche Arbeiter ohne Beschäftigung gestanden. Arbeiter, die das Koalitionsrecht für sich in Anspruch nehmen, fliegen gleichfalls. Was nützt dem Arbeiter der § 152 der Gewerbeordnung, wenn er durch die Schwarzen Listen an seiner Anwendung gehindert wird. Ja, wenn wir uns im gegenseitigen Kampf befinden, so aber handelt es sich um das Vorgehen von Arbeitgeberorganisationen gegen einzelne Arbeiter in Zeiten des wirtschaftlichen Friedens. Für den Belegschaftswechsel sollte man nicht die Arbeiter verantwortlich machen, sondern diejenigen, die Arbeiter unter allerhand Vorwänden heranzulocken und diese Versprechungen nicht einhalten. Die Arbeiter werden von gewissenlosen Agenten direkt betrogen. Die fremdsprachigen Arbeiter kennen oft nicht die Arbeitsbedingungen und die Bestimmungen des Kontraktbruchs. Der Arbeiter muß als Mensch behandelt werden, nicht wie ein Sklave, er muß ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag erhalten, dann werden sich die Zustände mit dem Belegschaftswechsel schnell ändern. Ein Herr Kühn hat in einer Broschüre den Vorschlag gemacht, man möchte an Stelle der Polen und Ausländer, Zucht- häuser im Bergbau beschäftigen. Also Bergarbeiter werden den Zuchthäusern schon gleichgestellt. Ich bejahe die Frage, daß die heutigen Gesetze anzureichen, um der Geheimhändler der Zechenbesitzer ein Ende zu machen. Die Reichsregierung hat sogar die Pflicht, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, denn der Staat beruht nicht allein auf den Schultern der paar tausend Leute, die die Taschen voll Geld haben, sondern auf den Schultern der breiten Masse des Volkes. Ich kann nur mit der Hoffnung schließen, daß das Material, welches hier auf dem Kongress vorgebracht wird, Regierung und Volksvertreter zu der Ueberzeugung bringen muß, daß Remedur geschaffen werden muß, ehe die Erbitterung unter der deutschen Bergarbeiterchaft ihren Höhepunkt erreicht hat. (Lebhafte Beifall.)

Die an diesen Punkt anschließende Debatte ist wieder eine äußerst lebhaft. Es sprachen vom Verband die Delegierten Gajdzowski, Bartels, Venkel, Hausmann, Boden, Hoffeld, Jochmann aus dem Ruhrbezirk; ferner Adamet, Oberhiesien, Remschagen, Rheinisches Braunkohlerevier, Langhorst-Mitteldeutschland, Garbe-Brandenburg, Wiskmann-Lothringen, Strunz-Zwickauer Revier und Tholl-Waldenburger Revier. Von den Polen sprachen Kpaczi-Mihrbeden, Korpus-Bochum und Schiller-Bochum, vom Gewerksverein S. D. Schiller-Mihrbeden und Wodensfeld-Siegerland. Die Ausführungen aller dieser Redner, die ein fürchterliches Anlagematerial gegen den Zechenrentenismus vortragen, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu bringen. Wir verweisen unsere Kameraden auf das inzwischen erschienene Protokoll über die Verhandlungen des Kongresses. Wer wissen will, wie es in Deutschlands Bergrevieren aussieht, ist ja ohnedem gezwungen, sich das Schriftliche zu kaufen. Nach einem kräftigen Schlusswort Sosinski's wird folgende Resolution einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Vorgänge in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Bergwerksbesitzer fast in allen deutschen Bergrevieren Organisationen gebildet haben mit dem ausgesprochenen Zweck, ihnen mißliebige Arbeiter auf kurze oder längere Zeit von der Arbeit auf den Gruben auszusperrn bzw. brotlos zu machen. Diese Organisationen der Zechenbesitzer üben ihre Tätigkeit nicht öffentlich aus, sondern unter größter Geheimhaltung ihrer Pläne und Handlungen. Jedenfalls sind die Grubenbesitzer selbst der Ueberzeugung, daß ihre Ausperrungs- taktik mißliebigen Arbeitern gegenüber nicht nur der allgemeinen Volksmoral, sondern auch den bestehenden Gesetzen widerspricht, vornehmlich dem Geist des § 152 der Gewerbeordnung, den §§ 826 und 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wie dem der hiesigen Nachrede (§ 186), dem Königs-Paragrafen des deutschen Strafgesetzbuches und schließlich dem Freizügigkeitsgesetz.

Diese geheimen Grubenbesitzer-Organisationen gehen aber nicht nur gegen kontraktbrüchige Arbeiter mit Ausperrungen vor, sondern sie sperren auch Arbeiter aus, die sich weder eines Kontraktbruchs noch sonst einer gesetzwidrigen Handlung oder Vergehen gegen die Arbeits- ordnung zu schulden haben kommen lassen. Viele Beispiele zeigen, wie die Geheimhändler der Grubenbesitzer auch solche Arbeiter auszusperrn, die nichts weiter verbrochen haben, als ihr Koalitionsrecht oder sonstige gesetzliche Rechte zu machen. Ist es nicht schon hart und gesetzwidrig, kontraktbrüchige Arbeiter auf Monate hinaus außer Brot und Arbeit zu bringen, wieviel schlimmer, wenn durch die Ausperrung Arbeiter betroffen werden, die sich nichts haben zu schulden kommen lassen, was eine Ausperrung berechtigt.

Der Kongress protestiert gegen ein solches Vorgehen der Gruben- besitzer und da bisher die Staatsanwälte auf Grund der heutigen Gesetze es nicht für nötig hielten, gegen die gesetzwidrigen Handlungen der Grubenbesitzer einzuschreiten, so erucht der Kongress die Reichs- regierung umjomehr den bestehenden Gesetzen Achtung zu verschaffen. Vor allen Dingen aber soll die Reichsregierung darauf gehen, die bestehenden in Frage kommenden Gesetze so auszubauen, daß der Ausperrungsstatut der Grubenbesitzer, wie sie sogar in wirtschaftlichen Friedenszeiten beliebt wird, ein Ende bereitet wird. Wer Arbeiter in solcher Weise ausperrt, wie es bisher geschehen ist, muß unter Strafe gestellt werden, wie auch ausgesperrt werden muß, daß den Arbeitern volle und wirkliche Freizügigkeit und Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten zu gewähren ist.

**Sachse.** Es ist ein Antrag Scharlebed eingegangen, auf die Tagesordnung noch zu setzen: Die Beschmelzungsfrage. Da wir keine Zeit mehr haben, und da diese Frage nicht im Hand- wendeln erledigt werden kann, bitte ich, den Antrag abzulehnen. Das geschieht!

**Sachse** erhält das Schlusswort, das wir wegen seiner von hoher Begeisterung getragenen Gedankengänge über den Verlauf des Kongresses hier wörtlich wiedergeben wollen: „Werte Kameraden und verehrte Gäste! Wenn wir den Verlauf des Kongresses über- blicken, dann kann ich sagen, daß wohl noch selten ein Kongress mit gemischter Vertretung so glänzend verlaufen ist, als dieser. Nicht einen einzigen Mißton hat es gegeben, auch nicht unter der Decke. Wir können uns also nicht nur über einen glänzenden, sondern auch über einen ruhigen Verlauf dieses Kongresses freuen, trotzdem viel mehr Vertreter vorhanden waren, als auf den früheren Kongressen. Hoffentlich nehmen die Regierungen von den Beschlüssen des Kon- gresses nicht nur Kenntnis, sondern richten sich danach. Die Re- gierung hat nicht nur die Pflicht, sich um die Arbeiterfragen zu kümmern, sondern sie hat auch die Pflicht, den Forderungen der breiten Masse der Bergarbeiter nachzukommen. Deshalb möchte ich

auch am Schluß dieses Kongresses die Regierungen an ihre Pflicht erinnern. Den Reichs- und Landtagsabgeordneten, die der Wähle sich unterzogen haben, hier zu erscheinen, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Es waren Abgeordnete aller Parteien, abgesehen vom Zentrum und den beiden konservativen Parteien, vertreten. Wir hoffen, daß diese Herren im Sinne der Beschlüsse des Kongresses ihren Einfluß ausüben. Wenn der Kongress auch nicht von allen Bergarbeitern besucht war, und wenn die Christlichen auch fern- blieben, so möchte ich doch konstatieren, daß der Kongress besser besucht war, als alle vorhergehenden Kongresse. Die Christlichen können sich nicht beschweren, daß sie hier etwa irgendwie gekränkt oder beleidigt worden wären. Hoffentlich wird man sich auch auf der anderen Seite die gleiche Zurückhaltung auferlegen. Die Christ- lichen haben sich mit ihrem Fernbleiben auf den Vollerschemel gesetzt, sie haben sich außerhalb der Stebenerkommission gestellt. Hoffentlich berühren ihre Blätter diesen Kongress in sachlicher Weise, damit Mißverständnisse vermieden werden. Öffentlich bleibt unser Kongress ohne Angriffe, wie er selbst niemand angegriffen hat. Ich weiß nicht, ob die Herren sich in ihrem Schmollwinkel wohl fühlen, doch ist das ihre Sache. Aber feststellen müssen wir, daß in vielen Versammlungen, in denen die Delegierten gewählt wurden, christliche Redner aufgetreten sind, die sich mit der Nichtbesichtigung nicht einverstanden erklärt haben. Und wir wissen auch von den Bergleuten, die mit den Christlichen in den Gruben zusammen- arbeiten, daß die Christlichen in ihrer großen Mehrheit für die Besichtigung dieses Kongresses waren. Wenn es nach den Mitgliebere- gungen wäre, dann wäre die Sache ganz anders gekommen. Aber die Leitung und einige mißvergnügte Führer haben die Einigkeit gebrochen. Ferner habe ich mitzutheilen, daß das Bureau sich darin einigt ist, daß nimmere auch der diesjährige Internationale Berg- arbeitertag von Deutschland besucht wird. Der Kongress soll die aktuellen Fragen, mit denen wir uns hier beschäftigt haben, inter- national regeln und die Lehren aus Radbod ziehen. Vor allem soll die Frage der Schwarzen Listen ausführlich behandelt werden. Hoffentlich bestimmen sich bis dahin die Christlichen eines besseren. Keiner von den Verbänden, die hier vertreten waren, hat sich bedrück- t gefühlt. Uebrigens wird der Kongress in Deutschland stattfinden und das öffentliche Gewissen aufrütteln. Kameraden! Wenn Sie den Kongress noch einmal mit mir vor unserem geliebten Auge vorüberziehen lassen, so werden Sie mir Recht geben, wenn ich sage: Der Kongress hat ein Bild des Jammers, des Elends und der Schande für Preußen-Deutschland gezeigt. Ein Bild des Jammers, des Elends und der Schande in dem Lande, in dem angeblich die fortgeschrittenste Sozialpolitik herrschen soll. Unser Reichskanzler hat das stolze Wort ausgesprochen: Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran! In Bezug auf die Gruben- mißstände trifft dieses Wort zu. In keinem anderen Lande liegen die Verhältnisse schlimmer als bei uns. Wer zu behaupten wagt, dieser Kongress sei das Werk einiger Heizer gewesen, dem diene zur Antwort, daß alle Delegierten, die zum ersten Punkt der Tages- ordnung gesprochen haben, noch in Arbeit standen, abgesehen von zwei Gemäßigten und zwei Invaliden. Auch beim zweiten Punkt der Tagesordnung haben fast nur in Arbeit stehende Kameraden gesprochen und nur beim dritten Punkt, wo die Angehörigen des Verbandes mit den Schwarzen Listen besser Bescheid wissen, waren die Hälfte der Diskussionsredner Angestellte. Die Mißstände sind hier dargelegt worden von den Kameraden aus der Fülle ihrer praktischen Erfahrung heraus. Diese praktische Erfahrung hat jedem Redner den Stempel der Aufrichtigkeit aufgedrückt. Jeder Fäulnis und jeder Denksache sollte sich schämen, daß solche Zustände über- haupt noch möglich sind. Wenn ein Unglück passiert ist, und wenn die Organe der Bergarbeiter dann die Mißstände dafür verant- wortlich machen, dann streiten die Bergbehörde, Bergverwaltung diese Mißstände ab. Aber wir haben es ja hier gehört von Kameraden Thomas von Radbod, der erklärt hat, daß wichtige Zeugen bis heute nicht vernommen worden sind. Dabei ist das Unglück schon 1/2 Jahr her. Es ist gesagt worden, daß bei diesem Unglück nichts vernichtet werden sollte. Nun, ich kenne auch ein anderes Wort. Ich erinnere daran, daß auf dem Frankfurter Kongress für Rettungswesen der Bergwerksdirektor Meyer, jener Direktor Meyer, der in Courrières mit der Rettungsmannschaft war, und der auch in dem Brossiaprozess als Gutachter fungierte, gesagt hat: „Ich weiß gar nicht, warum wir alles vernichten, wenn etwas vorgekommen ist. Bisher haben wir immer vernichtet, wenn etwas vorkam, aus Angst vor den roten Höllembunden. Das muß einmal aufhören! Nun, wenn sie keine Angst vor den roten Hölle- mbunden haben, so sollen sie wenigstens Angst haben vor dem, was man die öffentliche Meinung und Moral nennt, und die Regierung sollte dafür sorgen, daß die Herren Angst bekommen vor den Gruben- kontrollleuren. Mit dem heutigen System muß gebrochen werden, damit die Unfallziffer zurückgeht. Daß sie nicht ganz verschwinden kann, wissen wir, dazu ist unser Verisus zu gefährlich. Aber es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß im Umland viel weniger Unfälle passieren als bei uns. Ich will die Hoffnung aussprechen, daß die Stimme der Bergarbeiter gehört wird und daß nicht das verurteilte System zur Einführung gelangt, das der Minister Delbrück nach dem Unglück von Radbod angekündigt hat. Auf das, was Minister Delbrück plant, pfeifen wir. Dann wird es uns genau so ergehen, wie den Bergarbeitern im Saarrevier und in Sachsen. Kontrollleure, die von den Zechenbesitzern abhängig sind und die jederzeit gemäßigelt werden können, haben keinen Zweck. Dieses System ist keine Rettung für die Arbeiterchaft und muß als ein ganz verfehltes und nichtswürdiges angelehnt werden. Damit will ich schließen und will alle die, die es angeht, nur daran erinnern, daß sie das Unglück auf der Grube Radbod als Menes- tefel gelten lassen. Es darf nicht eher gerührt werden, bis Vorkorge getroffen ist, daß ein zweites Massengrab nicht mehr möglich ist. Das ist der Grund, weshalb dieser Kongress zusammentrat, und das ist der Wunsch, mit dem er auseinandergeht. (Stürmischer Beifall.) Wir ich gegen unsere Verhandlungen nicht nur mit dem alten Bergmannsruß: „Glück auf!“, sondern mit dem Absingen der ersten drei Verse unseres schönen internationalen Knappenliedes: Glück auf, Kameraden! Durch Nacht zum Licht!“

Die Delegierten stimmen begeistert in das Lied ein, was die anwesenden Gäste sichtlich rührt. Dann teilt Sachsse noch folgendes mit. Ich habe den Delegierten noch eine Mitteilung zu machen. Es sind jetzt auch die Schwarzen Listen Nr. 1 bis 69 verschwunden. (Hört! Hört!) Es ist gesagt worden, ein Mann aus dem Zuge heraus habe die Listen an sich genommen, ebenso die Listen aus dem oberbergnischen Bezirk. Auch diese sind nämlich verschwunden. Wir haben allerdings noch andere Listen, wir fordern aber denjenigen, der die Listen genommen hat, auf, sie zurückzubringen, weil sie unser Eigentum sind. Zur übrigen wünsche ich den Kameraden eine gesunde Heimreise und ein gesundes Wiedersehen, wenn es erneut gilt, die Bergarbeiterforderungen zu vertreten. Dazu noch- mals ein herzliches „Glück auf!“

Der Kongress ist geschlossen.  
Schluß 1 Uhr.

## Zechen Radbod und Bergmann Thomas.

Unter den Delegierten auf dem Berliner Bergarbeiterkongress befand sich auch einer der wenigen Geretteten von Radbod, der Bergarbeiter Wilhelm Thomas. Seine ruhigen und sachlichen Aus- sührungen machten auf die Teilnehmer großen Eindruck. Und das größte Ansehen erregten seine Mitteilungen über die Zustände auf der Zechen Radbod auch in der Presse. Die Zechen-rührer, als Thomas vom Kongress zurückkehrte, wurde er sofort entlassen, fand aber auf einem andern Werk bald wieder Arbeit. Thomas besitzt trotz seiner Jugend tiefe praktische Kenntnisse in der Bergarbeit.

die die Grubenbeamten bisher wohl einzuschätzen wußten. Auch die Gewerkschaft Trier mag Th. nicht gerne haben gehen lassen, aber sie ließ sich von Nachgefühlen leiten und darum mußte Thomas gehen. Nicht genug damit, die Gewerkschaft Trier veruchte in der Presse durch ein lauges Eingekandt die Ausführungen Thomas' auf dem Kongress zu entkräften. Sie hat dafür von unserem Kameraden eine Antwort erhalten, wie wir sie von Th. erwarten durften.

Wir geben das Schreiben der Werkverwaltungen und das Schreiben Thomas' im vollen Wortlaut wieder, da sie wahre Dokumente für die Berichtigungswürde der Bergverwaltungen bilden. Lassen wir die Schreiben für sich selbst reden. Das Ein- gekandt der Verwaltung der Bergwerksgesellschaft Trier lautet:

„Auf dem Kongress der Bergarbeiter zu Berlin hat das frühere Mitglied der Belegschaft von Radbod, Thomas, Zeitungsmitteilungen zufolge schwere Angriffe gegen die Verwaltung der Zechen Radbod vorgebracht, die zum Teil Wiederholungen bereits längst von uns überlegter Aufschuldigungen darstellen, sodas sich ein Eingehen darauf wohl er- überigen würde. Da er aber einige neue Momente dargebracht hat, müssen wir uns damit beschäftigen.“

Es heißt zunächst: „Arbeiter, die eben erst aus der Grube oder gar von der Landstraße kommen, würden in Radbod ohne weiteres als Verbauer und Schlepper eingestuft.“ Es ist richtig, daß wir bei dem Niedergang der Konjunktur ein starkes Angebot von Arbeits- kräften hatten, auch von solchen Leuten, die bislang noch nicht im Bergbau beschäftigt gewesen sind. Waren es junge kräftige Leute, so würden sie für uns verständlich als Schlepper — das ist bekanntlich die unterste Stufe der Bergarbeiter, mit der eben jeder beginnen muß — eingestellt. In einigen Fällen sind auch ältere Leute, gelehrte Hand- werker, wie Maurer, Zimmerleute und Tischler als Hilfsreparaturhauer, die aber nicht selbständig arbeiten, eingestellt; ebenso auch Schlosser, die in Maschinenfabriken zur Entlastung gekommen waren, als Gruben- schlosser. Unverständlich ist uns, wie man uns daraus einen Vorwurf machen kann; wir glauben vielmehr, uns dadurch, daß wir diese Leute von der Landstraße entfecht haben und ihnen lohnende Beschäftigung anweisen konnten, ein Verdienst erworben zu haben. Thomas soll ferner gesagt haben: „Die die Wetterkontrolle gekickt worden ist, ist sonst nirgends der Fall. Beamte und Fahrer sind dort die Wetter- kontrollleure gewesen, Leute, die nichts ins Buch hineinschreiben durften, daß sie Wetter gefunden haben, weil sie sonst aus der Arbeit gekloppt wären und im ganzen Ruhrgebiet nicht wieder Arbeit gefunden hätten.“

Demgegenüber erklären wir, daß die Wetterkontrolle früher Beamten und Fahrern übertragen hatten, um ganz zuverlässige Meldungen zu erhalten. Die Behauptung, daß diese Leute deshalb keine Meldungen hätten machen dürfen, weil sie sonst „gekloppt“ wären, ist eine dreiste Erfindung. Gott sei Dank erfahren wir uns auf Radbod eines ausgegliederten, durchaus gewissenhaften Beamten persona. Es ist dort bislang nur ein einziger Vertriebsbeamter entlassen worden, und das geschah deshalb, weil ihm Unregelmäßigkeiten beim Anfordern von Schichten nachgewiesen sind. Es handelt sich hierbei noch dazu um einen Tagesarbeiter.

Die Behauptung, daß auf Radbod Raubbau getrieben sei, haben wir schon einmal — es war im November — als vorläufig nicht- tragendes Schlagwort gezeichnet. Thomas soll nun als deutliches Zeichen des auf Radbod geführten Raubbaues angegeben haben, daß der Kohlenbetrieb erheblich weiter vorgegangen gewesen sei, als die Vorbereitungsarbeiten — gemeint sind damit wohl die Vorbereitungs- arbeiten —. Daß das eine ganz widersinnige Behauptung ist, leuchtet jedem Fachmann, ja jedem, der sich nur mit den Anfangsgründen des Bergbaues beschäftigt hat, sofort ein. Ein ebenso großer Unfuss ist es, daß die Zeche bloß gebaut sei, um schnell verkauft zu werden und um den Staat zu betriegen. Was der Redner sich dabei gedacht hat, wird er vielleicht selbst nicht wissen.

Es ist unklar, daß auf Radbod das schlechteste Material hinein- gekommen ist, mit dem die Arbeiter arbeiten sollten. Zu Gegenteil, wir haben, was eigentlich selbstverständlich ist, auf Verwendung des besten Materials stets gehalten.

Es ist unklar, daß ausgebildete Rettungsmannschaften nicht vor- handen gewesen sind, vielmehr sind sämtliche Beamte — 20 Personen — mit dem Gebrauch der Apparate vertraut gewesen.

Es ist unklar, daß bei dem Besuch der Aktionäre von Schaaffhausen — gemeint ist anscheinend der Tag der Gewerksversammlung — besondere Vorkehrungen getroffen sind, um den Herren ein falsches Bild von den Zuständen auf Radbod zu geben; denn etwas anders kann mit der Behauptung, es sei alles an jenem „glatt poliert“ gewes, nicht gemeint sein.

Es ist unklar, wenn behauptet wird, es seien am Unglückstage nicht einmal Spurlatten vorhanden gewesen. Beweis: Wiederhergabe- machung des Schachtes I, in dem bekanntlich durch die Explosion die Spurlatten an der zweiten Sohle zerstört worden waren, bis 1/27 und nicht 1/29, wie es in dem Zeitungsbericht heißt.

Bei den Angaben über die Anzahl der in einem Revier zu beschäftigten Personenzahl verwechselt Thomas wieder einmal Steiger, Revier, und Wetterabteilung. In keinem der letzteren haben mehr als 60 Mann gearbeitet und es ist somit eine bergpolizeiliche Bestimmung nicht übertreten worden.

Was den angeblichen Brand am Tage vor dem Unglück in der Grube betrifft, so wollen wir noch einmal betonen, daß nicht die Arbeiter, sondern wir, die Verwaltung von Radbod, diejenigen gewesen sind, die die Bergbehörde zuerst auf dies Ereignis mit der Bitte um sofortige Untersuchung aufmerksam gemacht haben. Diese Untersuchung hat die Bergbehörde sofort eingeleitet, wie weit sie gediehen ist, entzweit sich unserer Kenntnis.

Unsere eigenen Ermittlungen haben ergeben, daß das Gerücht, wenn nicht auf böswillige Erfindung, so doch auf Hingespinnste einer überreizten Phantasie zurückzuführen ist. Jeder, der nur einigermaßen mit den Verhältnissen unter Tage vertraut ist, muß sich sagen, es kann in einer Grube kein Brand von solcher Ausdehnung, wie geschildert, entstehen, ohne daß er von den Beamten gemerkt wird. Zum mindesten mußten doch die Kameradschaften, die oberhalb der angeblichen Brand- stelle gearbeitet haben, etwas davon erfahren haben. Das ist nicht der Fall.

Die positiven Angaben, die gemacht worden sind über angebliche Feuerherden von Beamten, sind Gegenstand der amtlichen und gerichtlichen Untersuchung gewesen; über das Ergebnis dieser Unter- suchung vermögen wir nichts zu sagen.

Es ist unklar, daß Herr Berginspektor Hollender uns oder unsere Beamten Mitteilungen gemacht hat über Zeugenaussagen bei seinen Vernehmungen.

Thomas soll ferner gesagt haben: „Am Unglückstage seien hinter einem Bruch Stiefenre gehört worden, das sei ein Beweis, dafür, daß Leute lebendig begraben seien. Thomas hat dabei verschwiegen, daß allen, die um Hilfe gerufen haben, auch Hilfe geworden ist. Wir ver- muten, daß Thomas, da er von Hilferufen hinter einem Bruch sprach, auf der Bruch, der auf der dritten Sohle im Querflange nach Süden, zwischen Nichtstrecke und Flöz 6 lag, anspielt. Der Verletzte, der hinter diesem Bruch lag und um Hilfe rief, ist einer der ersten gewesen, der gerettet werden konnte.“

Wir überlassen es der Öffentlichkeit, sich hiernach ihr Urteil über den Redner zu bilden.

Hierauf antwortete Thomas wie folgt:

Zu dem Artikel der Bergwerksgesellschaft Trier:

1. Es ist unklar, wenn man meine Ausführungen auf dem Berliner Bergarbeiterkongress vom 1., 2. und 3. Februar d. J. dann wiederlegen will, es seien bei dem Niedergang der Konjunktur nur ältere Leute, und zwar Handwerker als Gruben-schlosser und Hilfs- reparaturhauer beschäftigt worden. Es ist weiter unklar, wenn in dem Artikel behauptet wird, junge Leute — keine Handwerker — seien nur als Schlepper verwendet worden.

Wahr ist dagegen, daß Leute als Nickelmeister beschäftigt wurden, die zuvor nie eine Grube gesehen hatten, daß Leute als Lehrhauer beschäftigt wurden, und zwar an Stellen, wo beständig Wetter standen, die ganze zwei Monate in der Grube als Schlepper beschäftigt waren.

2. Unklar ist ferner, daß die Beamten als Wetterkontrollleure die Wetterkontrolle gewissenhaft ausgeübt haben und stets Wetter auf der Tafel vermerkt, wo welche gefahren haben. Wahr ist dagegen, daß im nördlichen Abteilungsflange westlicher Nichtstrecke, und im nördlichen des südlichen Abteilungsflanges, westlicher Nichtstrecke stets Wetter gestanden haben, auf der Tafel aber stets weiter ge- standen hat. Die Beamten sind wiederholt von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht worden und haben die Arbeiter hier wiederholt ganze und halbe Schichten nicht arbeiten können wegen Wetter.

3. Unklar ist, wenn in dem Artikel behauptet wird, es sei auf Radbod kein Raubbau getrieben worden. Wahr ist dagegen, daß Herr Steiger Hilgenstock, Flöz 6 mit 6 1/2 Fuß Mächtigkeit, Strebenbau ge-

trieben wurde, wo täglich 150 Wagen Kohlen gewonnen wurden, aber nur 10 bis 15 Wagen Steine täglich verlegt worden sind. Beim regelmäßigen Abbau hätten hier täglich 100 Wagen Steine verlegt werden müssen. Wahr ist auch, daß der Betriebsführer von Arbeitern darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß vor den Streben sogenannte Pferdeställe gebaut wurden.

4. Unwahr ist, wenn behauptet wird, die Zechenverwaltung habe stets ihr gutes Material besorgt. Wahr ist dagegen, daß die Hälfte der Bohrmaschinen stets unbrauchbar waren und daß die Bohrer von solch schlechtem Material waren, daß sie zoll- und fußweise abbrachen. Wahr ist auch, daß vor den Streben nur eiserne Stempel geliefert wurden, die aber wieder ersetzt werden mußten und hierbei viele Unglücksfälle entstanden.

5. Unwahr ist, wenn behauptet wird, am 12. November 1908 (am Unglücksstage) seien Schachtpurrlatten genügend vorhanden gewesen und sei der Schacht wieder um 6 1/2 Uhr fahrbar gewesen. Wahr ist dagegen, daß am 12. November 1908 (Unglücksstage) keine Schachtpurrlatten vorhanden gewesen sind und man fast Schachtpurrlatten Bohlen und Stapelpurrlatten eingebaut hat, um überhaupt fördern zu können. Wahr ist auch, daß die ersten Rettungsmannschaften erst um 8 1/2 Uhr und nicht um 6 1/2 Uhr heruntergefahren sind, wie man durch den Artikel glauben machen will.

6. Unwahr ist, wenn in dem Artikel behauptet wird, ich habe Steigerarbeit und Wetterarbeit verwechselt. Wahr ist, daß im Steigerrevier Stengel in der Unglücksnacht 72 Mann begraben wurden. Wahr ist ferner, daß der Wetterstrom aus der westlichen Richtung und des nördlichen Querschlags auf dem großen Wechsel im Hauptquerschlag zusammenliefen und von hier aus das ganze Steigerrevier Stengel bewettern. Ein zweiter Wetterstrom für das Steigerrevier Stengel hat nicht existiert.

7. Unwahr ist, wenn behauptet wird, der Brand am 11. November 1908 sei Entzündung oder ein Gangelplust einer überreizten Phantastie. Wahr ist, daß sofort nach dem Unglück am 12. November 1908 die Behörde hierauf aufmerksam gemacht wurde und Zeugen hierfür angegeben worden sind, die aber erst am 9. Februar 1909 gerichtlich vernommen wurden.

8. Unwahr ist, daß ich auf dem Kongress von Silberstein gesprochen, und existiert dies lediglich in einer überreizten Phantastie des Artikelschreibers, der mir diese Behauptungen in den Mund legt. Sam m (Wess), den 15. Februar 1909. Wilh. Thomas.

Auch wir Minen, es der Öffentlichkeit überlassen, sich ein Urteil über den Bergarbeiter Thomas und die Bergwerksgeellschaft Erier zu bilden. Wir haben schon in vorheriger Nummer der Bergarbeiterzeitung dargelegt, daß Thomas seine Behauptungen beidseitig hat und diese vor Gericht auch weiterhin vertreten und beweisen wird.

### Zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Eisenach.

Zu den von der Gesamtverwaltung vorgeschlagenen Statutenänderungen möchte auch ich einige Ausführungen machen, besonders, nachdem Kamerad Budde in Nr. 5 1909 gegen die Staffelnbeiträge eingetreten ist. Die Änderungen in den Paragraphen 3, 4, 4b e und d resultieren aus der wirtschaftlichen Entwicklung, resp. aus der Entwicklung des Verbandes und kann man diesen ohne weiteres zustimmen. Das eine Staffelnbeiträge notwendig ist, davon müßte jedes Verbandsmitglied überzogen sein. Aus den Diskussionen und Polmiken über die Einführung des 40 Wfg.-Beitrages (sodoch zu viel Kampfesstimmung. Man sah ein, daß ohne eine finanziell leistungsfähige Organisation nicht das mindeste auszurichten ist, und dank dieser Kampfesstimmung wurde den Geistes der Pflicht für die Wirklichkeit geteilt. (N) Unter allen Umständen einen einheitlichen Beitrag zur Erreichung eines Kampffonds, war die Devise. Daß man damit einen großen Teil der Bergarbeiter, namentlich in Revieren mit niedrigen Löhnen, und auch die Jugendlichen abließ, wurde nicht beabsichtigt. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, am Zustandekommen eines Vertragsystems mitzuarbeiten, das allen Bergarbeitern erträglich ist, Mitglied des Verbandes zu werden, und dazu erachtet mit das Staffelnmitglied als das Beste. Auch kann ich mich mit den von der Gesamtverwaltung vorgeschlagenen Staffelnbeiträge einverstanden erklären, besonders mit dem freiwilligen 50 Wfg.-Beitrag. Er sollte alle diejenigen befriedigen, welche da glauben, eine obligatorische Beitragserschöpfung sei unüberwindlich. Der Staffelnbeitrag ist die beste Erziehung der Mitglieder zur Zahlung höherer Beiträge. Daß wir auf die Dauer dieserbeiträge erhöhen müssen, sollte jedem einleuchten, auch dem Kameraden Budde.

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Letztgenannten in Nr. 5 der Verbandsorgane, wenn er sagt: „Wo sind die Schreiber, die einen 50- oder gar 60 Wfg.-Beitrag verlangten, geblichen?“ Und wenn er dann weiter sagt: „Sie wären alle davon gelaufen“, so stimmt das meiner Ansicht nach nicht. Er sollte sich doch in seiner nächsten Umgebung den Entwicklungsgang seiner eigenen Zahlstelle, deren Leiter er ist, an seinem geistigen Auge vorübergehen lassen, und er wird dann, wenn er objektiv urteilt, zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Von gut einen halben hundert Mitgliedern bei dem 20 Wfg.-Beitrag sind es bei dem 40 Wfg.-Beitrag auf einmal weit über 200 geworden. Die Fluktuation ist mein s Grachten nur der Zerplitterung der Arbeiter in verschiedene Verbände zuzuschreiben. (N) Daß es aber mit der Ausbeutung des arbeitsfähigen Bergwerkes nicht einverstanden ist, das dürfte auch dem Kameraden Budde einleuchten. Die Jahresabrechnungen beider Organisationen legen hierüber bezeugend Zeugnis ab. Wenn er aber argumentiert, daß durch die Einführung des 50 Wfg.-Beitrages mehr Verwaltungsbeamte angestellt werden müßten, so widerlegt er sich selbst, wenn er weiter schreibt, daß doch nur Mitglieder der Ortsverwaltungen diesen Beitrag zahlen würden. Ich bin der Ansicht, daß die Einführung der Staffelnbeiträge von der Zentrale keine weiteren Kräfte erfordert, sondern nur etwas mehr Anforderungen an die vorhandene Intelligenz der Ortsverwaltungen stellt. Und man höre: „Man hört aber über die Knappschaftsbeiträge ausnahmsweise keine Montas, die Vergleiche betrachten die Angelegenheit als mit der Entwicklung des Bergbaues vereinbar.“ Ob Budde die Fläche und Bevölkerungszahlen nicht vernimmt, die wegen der hohen Knappschaftsbeiträge laut werden? Allerdings, weniger wegen der zu hohen Beiträge als wegen der zu geringen Leistungen der Klasse. Aber wenn dies so wäre, wenn die Knappheit mit der Entwicklung des Knappschaftsbeitrages nach oben, mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse vereinbar halten? Ich meine nun, die Einwendungen des Kameraden Budde wären nicht stichhaltig und kann ich auch diesen Punkt verlassen. Was nun die Unterstützung anbelangt, so bin ich mit dem Kameraden Budde der Ansicht, daß sie niemals Hauptzweck einer Organisation sein dürfte, aber es muß immerhin eine gerechte Verteilung vorgenommen werden und die ist mit dem Entwurf so ziemlich erreicht. Was sich da nicht behält, kann so auf anderen Generalversammlungen ausgeglichen werden. Zu § 42 des Entwurfs möchte ich folgendes bemerken: „Dem zweiten Satz, betreffs die Verwaltung der Ortskasse durch den zweiten Vertrauensmann, kann ich nicht zustimmen. Er würde den örtlichen Verwaltungsapparat erschweren. Bedeutung hat diese Bestimmung nicht und wird die Durchführung an praktischen Erwägungen scheitern. Zu § 45 haben die Vertrauensleute des Bezirks Votum beantragt, die Ortsverteilung von 13 auf 15 Prozent zu erhöhen. Dagegen möchte ich folgenden Antrag stellen: „Von diesen 15 Prozent fließen mindestens 2 Prozent in die Ortskasse und werden aus dieser defizienten und Sand, ettel (aber nur solche für die Zahlstelle) bezahlt. Weitere Ausführungen hätte ich vorläufig nicht zu machen und es wird auch hoffentlich die Generalversammlung das Richtige treffen.“ Emil Klein, Bochum.

Die Meinung der Mitglieder über den in Nr. 51 vom 19. Dezember 1908 veröffentlichten Statutenentwurf zu hören, ist der Wunsch der Gesamtverwaltung. Ich komme dem hiermit nach. Mit der Fassung der §§ 3 bis 5 bin ich einverstanden. Im § 6 wünsche ich die Beibehaltung des Wfg.-Beitrages, wonach die Mitglieder der anderen Bruderorganisationen ermächtigt ist, ohne Verluste bei uns übertreten zu können. Mit dem § 7 bin ich nicht einverstanden; wohl begrüße ich die Klasse A mit dem wöchentlichen Beitrag von 30 Wfg. für Jugendliche bis zum Alter von 20 Jahren und für diejenigen Älteren, die unter drei Mark im Durchschnitt verdienen. Aber was sollen wir mit der Klasse B und C! Nur nicht so zaghaft, fort mit diesen beiden Klassen, dafür die Einheitsklasse B mit dem obligatorischen Beitrag von 50 Wfg. die Woche! Ich bin der Überzeugung, daß an dieser minimalen Erhöhung nicht sehr viel Mitglieder Anstoß nehmen, bezw. dem Verbands den Rücken kehren werden. Mit oder ohne Beitragserschöpfung, die Fluktuation ist immer ziemlich stark und der kann nur erfolgreich entgegen gearbeitet werden, wenn sich ein Stamm gleichwertiger unter die Ortsverwaltung gruppiert, um mit dieser gemeinsam dem Uebel entgegen zu treten. Des weiteren,

was die Unterstützungslage anbetrifft, so bestürzte ich die Erhöhung der Gewerkegetten- und der Arbeitslosen, aber keine Erhöhung der Norunterstützung. Nach meinem Vorschlag kämen folgende Unterstützungssätze in Betracht: Für Gewerkegette pro Woche Klasse a) 10 Mk., Klasse b) 14 Mk., für jedes noch nicht der Schule entwachsene Kind eine Mark mehr die Woche. Für Arbeitslose bleibt die Unterstützung wie sie im § 17 Absatz 3 unter Klasse a und c niedergelegt sind. Norunterstützung für Klasse a) 30 Wfg. täglich, wöchentlich 1,80 Mk., Norunterstützung für Klasse b) 50 Wfg. täglich, wöchentlich 3,00 Mk. mit derselben Karenzzeit und Bezugszeit wie bisher. Sterbegeld wie es im § 28 Absatz 2 niedergelegt ist unter Klasse a und c. Im Uebrigen bin ich mit dem Entwurf voll und ganz einverstanden. August Diekmann, Rothhausen.

Den in Nr. 51 unserer Zeitung vom Verbandsvorstande gemachten Abänderungsvorschläge kann ich nicht ohne weiteres zustimmen, besonders gilt dieses von § 7, Staffeln der Beiträge betr. Würde die Generalversammlung den Vorschlag der Staffeln annehmen, dann hätten wir in Zukunft Mitglieder 1., 2. und 3. Klasse. Ob dieses der Entwicklung des Verbandes dienlich ist, bezweifle ich sehr. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es zweckmäßiger ist, es bei einem Einheitsbeitrag zu belassen. Ich möchte hier noch darauf hinweisen, daß die Durchführung des § 7 auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Im Vorschlag heißt es unter a: Alle Mitglieder, welche unter 3 Mk. verdienen, zahlen 30 Wfg. Beitrag pro Woche. Wer soll das feststellen, der Vertrauensmann oder das Mitglied? In vielen Fällen werden hierdurch zwischen Voren bezw. Kassierern und Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten entstehen, deren Folgen in den meisten Fällen den Verlust des Mitgliedes bedeutet. Zu Klasse b: 50 Wfg.-Zähler hat Kamerad Fr. Budde, Bochum in Nr. 5 unserer Zeitung meines Grachten nach das Richtige gesagt und solche ich mich dessen Ansichten voll und ganz an. Auf die § 14, 14a b u. c, welche, wenn, was ich hoffe; § 7 keine Mehrheit findet, nicht mehr in Frage kommen, will ich nicht weiter eingehen und möchte ich bemerken, bei allen Änderungen sollte man bestrebt sein, das Statut so einfach und verständlich wie nur möglich zu gestalten. Die § 14 und 14a sind aber für einen sehr großen Teil unserer Mitglieder ebenso schwer verständlich, wie verschiedene §§ unseres Knappschaftsstatuts. Zu § 23, Sterbegeld betr. halte ich es für richtig, daß eine Staffelnbeiträge entsprechend der Mitgliedsdauer eingeführt würde und zwar wie im Vorstandsvorschlag in § 23 Folger 2 unter h vorgelesen. Dem § 28 möchte ich als Fisser 6 noch folgenden Zusatz beigefügt sehen: Bei Anstellung von Bezirksleitern entscheiden endgültig die im betr. Bezirk befindlichen Ortsverwaltungen in einer vom Vorstande einzuberufenden in dem in Frage kommenden Bezirk tagenden Konferenz. Zu Bezirksleitern bezw. Verwaltungsausschüssen dürfen Mitglieder aus dem Kontrollausschuß direkt nicht genommen werden. Zu dem ersten Absatz des als Fisser 5 dem § 28 beigefügenden Zusatz, möchte ich als Begründung ausführen, daß hiermit nur einem rein demokratischen Grundsatze Rechnung getragen wird. Mit Annahme des letzten Zusatzes wird gewissen Elementen ein besticktes Verteilungs- und Verdächtigungsmittel gegen die Verbandsleitung endgültig genommen. Julius Benz, Ferne.

### Die Organisationen der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten.

Von Chagrin.

Am wirtschaftlichen Himmel Amerikas ballen sich die Wolken. Trüben nicht die Brichen, so werden die Minenbezirke in einigen Monaten wiederum die Arena für Kämpfe zwischen Bergarbeitern und Grubenherren sein. Am 1. April d. J. laufen die Lohnvereinbarungen zwischen den (Hart-)Kohlengravern und Kompagnien ab. Die letzteren lassen über ihre Stellungnahme gegenüber dem neuen Lohnabkommen kaum Zweifel aufkommen. Die ungünstige Lage des Weltmarktes frustifizierend, konzentrieren sie sich noch fester auf den Herrenstandpunkt. Dem berechtigten Verlangen der Arbeiter um Verbesserung der Bedinge, Achtundzigt usw. werden sie mit Abzügen antworten. Um bei diesem Interessensstreit ohne offenen Kampf zu siegen, bereiten sie sich auf den Krieg wirksam vor. Sie rüsten, wenn auch noch nicht mit Schuss- und Stichwaffen, so doch mit Kohlenvorräten. In den Niederlagen der Philadelphia & Reading Coal Co. liegen Millionen Tonnen Kohlen gekant, um den Arbeitern ihre Niederlage im voraus zu demonstrieren, und auch, um im Streikfalle zu höheren Preisen verkauft zu werden. Aber auch die Mineure rüsten. Sie kennen ihre Gegner noch von früheren Waffengängen. Das Haupt der Kohlenbarone, G. F. Baer, ist berihmt geworden durch seine göttliche Vorsehung und Ausbeutungswut kombinierenden Talente. Beim letzten großen Streik ließ er sich wie folgt hören: „Für die Rechte und Interessen der Arbeiterklassen wird gesorgt, nicht von den Arbeiteragitatoren, sondern von ariflichen Männern, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Kontrolle über die Eigentumsinteressen des Landes anvertraut hat.“ Die Arbeiter sind eigensinnig genug, demgegenüber zu behaupten, daß sie selbst die bestellten Verächter der Interessen ihrer Klasse seien. Da sich bei ihnen auch die Wahrheit des Papatonischen Wortes: Gott sei immer mit den stärksten Bataillonen, in bitteren Erfahrungen bewiesen hat, rüsten auch sie zum Kampfe, stärken ihre Phalanx. Einer der wichtigsten Schritte zur Vollführung der Kampfbereitschaft war die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Zentralverbänden der Mineure. Bis vor kurzem standen sich beide in „wohlwollender“ Beharrlichkeit gegenüber. Erst die schwere Kampagne in den Erzfeldern im letzten Jahre und die für dieses Jahr in Aussicht stehende in den Anthrazitdistrikten machte beide Seiten freundlicher geneigt. Auf dem Kongress der vereinigten Bergarbeiter (United mine Workers) im Vorjahre wurde die Schürzung des Knotens mit ernstem Willen begonnen, um auf der Delegiertenversammlung der westlichen Föderation der Mineure (Western Federation of Miners) der Vollendung nahe gebracht zu werden.

Wie schon gesagt, sind die Arbeiter der Minenindustrie in zwei Organisationen vereinigt: Die Kohlengraber stehen in der Organisation der United Mine Workers und die Erzgraber in der Western Federation of Miners. Beide zusammen umfassen 327 057 Mann, d. i. 16,8 Proz. der gesamten Gewerkschaftsmasse Amerikas. Die Organisation der Kohlengraber, die bei weitem die stärkste, zählt 282 805 Mitglieder, die der Erzgraber am 1. Juli 1907 44 255. Und wenn bei dieser länger verweilt wird, als es ihre numerische Stärke gerechtfertigt erscheinen lassen mag, so weil sie die beste moderne Gewerkschaft Amerikas ist und besonders auch, weil ihr moralischer und öffentlicher Einfluß weit über ihre Mitgliederziffer hinausgeht und weil sie Intelligenz und Energie entfaltet gegen die blutige Kohorte der Minenbesitzer entfalten muß, wie kaum eine zweite Gewerkschaft der Welt.

Die Geschichte dieser Organisation fielt sich wie die eines Krieges mit allen Schrecken. Auf ihren historischen Marksteinen stehen Mord, Raub, Ueberrasche, Bombenexplosion, Entführung, Ausgrenzung etc. kurz Verbrennen, eingegraben vom Ausbeutertum. Die Proletarier, welche sich um die Fahne dieser Gewerkschaft idaren, müssen jederzeit bereit sein, nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch Freiheit und Leben in die Waagschale zu werfen. Das mag für das Dhr, welches an wirtschaftliche und politische Chamaden aus Amerika gewöhnt ist, disharmonisch, maßlos übertrieben klingen. Allein die Vorgänge, nur von den letzten paar Jahren, lassen genigend erkennen, daß das Obige noch hinter den Tatsachen zurückbleibt.

Große Ideen hatten gar oft Gefängnisstrafen als Geburtsort. Auch der Gedanke von der Vereinigung aller Ausbeuterten der Erzminen ging durchs Gefängnis in die Welt. Teilnehmer jenes historischen Ausstandes in Coeur d'Alene im Jahre 1892 waren von der Raubwache des Unternehmertums, d. i. die Arme, Pinkertons und Richter, monatelang eingekerkert. Aus dem trostlosen Ausgang des Streiks wurden den Besiegten wichtige Lehren. Die

Ohnmacht der Arbeiter ohne feste Vereinigung war unüberleglich dargelegt; gleiche Erfahrung vielfach gemacht, so wußte bei den eingekerkerten Streikern der Drang nach Abhilfe anzufachen. Einige Monate später, am 16. Mai 1893, wurden in Butte, Montana, die Hoffnungen und Ideen realisiert. Die Western Federation of Miners wurde gegründet.

Im Gegenzug zu fast allen amerikanischen Unionen steht sie auf dem Boden des Klassenkampfes. Gegenüber der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, gegenüber der Harmonie-dielei unseres landläufigen Unionismus erklärt die Western Federation of Miners in dem Vorwort ihres Statutes: „Wir halten dafür, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft der Klassenkampf existiert — und daß der Klassenkampf fortdauern wird, bis der Erzeuger als der alleinige Herr seines Produktes anerkannt ist.“ Dem unionistischen Bündelismus setzt sie den Industrieverband entgegen. Sie vereinigt alle „Lohnslaven in und außerhalb der (Erz-)Minen, Schmelzhütten“ etc., sie nimmt neben den Mineuren auch Maschinenvörter, Feiler, Schlosser, Schmiede etc. auf. Die im Kohlenbau Tätigen werden jetzt strikte der Schwelsterorganisation überwiegen. Bindende Vereinbarungen mit den Unternehmern sind streng verpönt. Die trüben Erfahrungen mit der Vertrags- und Vertretene der Kampagnen frustifizierend, wurde 1907 beschloffen: Keine Gruppe (oder Gruppen) darf irgend einen schriftlichen oder mündlichen Kontrakt oder eine Vereinbarung mit dem Unternehmer für irgend eine spezifizirte Zeit abschließen.“

Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich über ganz Amerika, insbes. Canada und Alaska. Dieses Territorium ist in sieben Distrikte eingeteilt. Jeder Distrikt wählt einen Delegierten, der mit den von der Jahresversammlung gewählten ersten und zweiten Prääsidenten und Zentralkassierer den Vorstand (Executive Board) bildet. Referendum und Initiative ist oberstes Gesetz.

Die Zentralkasse der Organisation bezieht ihre Einnahmen aus den Beitrittsgebühren (Charter) der Gruppen (a 42 Mk.) und aus den Beiträgen von 12,60 Mk. pro Mitglied und Jahr. Diese Beiträge müssen „aus dem Generalfonds der Gruppe drei Monate im Voraus entrichtet werden.“ Wie hoch die eigentlichen Eintritts- und Monatsgebühren in den Gruppen sind, ist aus dem Zentralstatut nicht ersichtlich. Jedenfalls sind sie nicht einheitlich. Jede Gruppe bestimmt diese für sich von Zeit zu Zeit. Die Gruppen, von ihrer Freiheit Gebrauch machend, richten Unterstützungsstellen ein, sichern Widerstandsfonds auf und bauen sich Vereinshäuser. Nach der letzten Jahresabrechnung der 265 Lokalgruppen hatten diese eine Totaleinnahme von 1 100 694 Dollars, der eine Ausgabe von 993 835 Dollars gegenübersteht. Im besondern wurden gezahlt für Krankheit und Unfall 157 502 Doll., an Sterbegeld 45 918 Doll., an Beamteneinkünften 148 778 Doll. Der Wert des Eigentums ist auf 430 346 Doll. angegeben. Der (Total-) Massenbestand betrug am 31. März 1908 163 274 Doll.

Der Zentralkassierer kann nicht solch große Summen buchen. Für das Jahr 1907/08 weist sein Bericht eine Totaleinnahme von 302 133 Doll. auf, der eine Ausgabe von 876 153 Doll. gegenübersteht. Unter den Ausgaben stehen die Streiks mit 88 038 Doll. Der Rechtschutz verlangte 194 291 Doll., d. i. 816 022 Mk. Diese Zahl braucht keine Betonung. Ihre Richtigkeit allein zeigt, welch mörderischen Kampf die Organisation mit dem Unternehmertum zu führen gezwungen ist.

Das offizielle Organ, das „Miners Magazine“, verlangte eine Ausgabe von 10 582 Doll. während seine Einnahme nur 4 167 Doll. betrug. Die Zeitung zählt zu den besten Organen der Gewerkschaftsbewegung. Jedenfalls steht sie himmelhoch über den Publikationen der landläufigen Unionen. Diese letzteren haben ihre Aufgabe in der Pflege des Patriotismus, der Harmoniedufelei, der spießbürgerlich frommen Denkungsart, das „Miners Magazine“ in der Verbreitung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, des Klassenkampfes, des selbständigen Denkens und Handelns. Leider wird die Wirksamkeit der Zeitung unter den Mitgliedern eingeschränkt. Ein gewichtiger Bestandteil ist nicht der englischen Sprache mächtig. Wenn nun auch die Erzfelder nicht ein so vollkommenes modernes Wabel darstellen, wie beispielsweise das Pittsburger Industrierevier, wo zwei Duzend Sprachen vertreten sind, so hat man doch immerhin mit Vielsprachigkeit zu rechnen. Um wenigstens mit einer härteren Gruppe, den Italienern, geistig näher treten zu können, ist ein Verhältnis mit „Il Lavatore Italiano“ abgeschlossen worden, das als Organ für die Arbeiter italienischer Zunge zur Verbreitung gelangt.

Die Western Federation of Miners gehört nicht mehr der amerikanischen Gewerkschaftszentrale, der American Federation of Labor, an. Die Erwartungen, welche ihre Zugehörigkeit zu der American Federation of Labor geboren, erfüllten sich nicht, konnten sich nicht erfüllen. Die Hoffnungen, daß diese sumerprobte, kampfbereite und klassenbewußte Gewerkschaft zum Sanertheit in dem alten Trades-Unionismus werde, erwiesen sich als glatte Illusionen. Der unionistische Koloss ruht auf den thüneren Füßen der Harmoniedufelei. Diese zu stärken, bietet er seine Mannschaft auf. Dieser proletarischen Entwürdigung lehrten die organisierten Erzarbeiter den Rücken. Einmal überzeugt, daß zwischen Harmoniedufelei und Klassenbewußtsein der Knoten zum Vorteile der Arbeiterchaft nicht zu schürzen sei, wurde versucht, für die fortgeschrittenen Gewerkschaftler und Organisationen einen neuen Kristallisierungspunkt zu schaffen. Die Industriearbeiter der Welt (Industrial Workers of the World) wurde unter eifriger Mitarbeit der Western Federation of Miners geboren. Diese neue Gewerkschaftszentrale, getragen von Klassenbewußtsein, ruhend auf Industrieverbänden, hieß in der Brust des modernen Gewerkschaftsmannes neuen Enthusiasmus entfachen. War in ihr die treibende Kraft doch die alterprobte Organisation der Erzarbeiter, hatte diese sich doch als das Minendepartement der Industriearbeiter konstituiert. Dieses sollte anders kommen. Raum hatte die neue Körperschaft im Begriff, die Eigenschaften eines Säuglings zu verlieren, als Revolutionäre und sonstige „Zielbewußte“ vom Schlage des französischen Syndikalismus durch die „direkte Aktion“ die Leitung unter ihre Direktion brachten. Die leitenden Personen der Western Federation of Miners zogen sich von den Industriearbeitern zurück, stellten die Beitragszahlung ein, der Delegiertenversammlung (1907) die Entscheidung überlassend, welchen von beiden Flügeln sie sich anschließen wollten. Die überwältigende Majorität war nach wie vor für klassenbewußte Taktik und Industrieverband, aber verteilten die Taktik und Manipulationen der leitenden Reute der neuen Gewerkschaftszentrale, oder eigentlich des noch Leben zeigenden Flügels der Industriearbeiter. Die Zahlung der Beiträge wurde nicht mehr aufgenommen. Auf dem Papier der Statuten ist die Western Federation of Miners zwar noch das Minendepartement der Industriearbeiter, in Wirklichkeit aber hat sie jede Verbindung zu ihnen gelöst.

Weder hat es von selten der alten Gewerkschaftszentrale noch von selten der neuen an Versuchen gefehlt, die Erzgraberorganisation wiederum um ihre Fahne zu schaen, noch hat es die Erzgrubenorganisation an Beiträgen fehlen lassen, die Gleichgesinnten wieder auf einen gemeinsamen Boden zusammenzubringen. Alles ohne Erfolg. So steht die Western Federation of Miners zur Stunde allein und hofft auf eine glünstigere Wendung der Dinge, hofft daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Einfielt, Tatkraft und Intelligenz der Arbeiter ihren so manchmal begonnenen Gedanken der Zentralisation fördern und endlich realisieren werde.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Die Arbeitslosenzählung in Berlin.

Die von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften Groß-Berlins veranstaltete Zählung der Arbeitslosen hat ein geradezu fürchterliches Resultat ergeben. War man schon bei der von Kommunen veranstalteten Zählung des 17. November 1908 allgemein der Ansicht, daß zurzeit angewandte

Wahlbestimmungen... Die Wahlbestimmungen...

Obwohl unsere Arbeiterzählungskommission... Die Arbeiterzählungskommission...

Dabei sind bereits für Berlin 1890... Die Berechnung der Arbeiterzählung...

Die Arbeiterzählungskommission... Die Ergebnisse der Arbeiterzählung...

Die Verteilung des Vermögens in Preußen... Die Ergebnisse der Vermögenszählung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Die soziale Schichtung Deutschlands... Die soziale Schichtung der Bevölkerung...

Aus unseren Sekretariaten.

Rechnungsabrechnung bei der Knappschafts-Versicherung... Die Rechnungsabrechnung...

Knappschaftliches.

Wichtig, Knappschaftswahlen im Ruhrbecken!... Die Wahlen im Ruhrbecken...

Im Knappschaftsverein zu Bochum ist jetzt folgende neue Wahlordnung maßgebend...

Ordnung... Die Wahlordnung im Knappschaftsverein...

Während der Waise sind Wahlurne und Ausweisscheine an der... Die Wahlurne und Ausweisscheine...

Die Stimmzettel... Die Stimmzettel haben folgende Einrichtung:

Table with 3 columns: Knappschafts-Nummer des gewählten Pensionistenmitgliedes, Vor- und Zunamen des Gewählten, Wohnort desselben.

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten... Die Wähler erhalten solche zur Aufzeichnung ihres Kandidaten...

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Alte Haase. Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...

Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...

Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...

Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...

Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...

Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig... Die Waschküche ist hier sehr reparaturbedürftig...



Ich will mitteilen, daß der Redakteur Wagner von der „Bergarbeiter-Zeitung“ in vergangener Woche in Begleitung eines Verleibers (Hörers) auf der Grube Dorstfeld eingefahren ist (hört! hört!) Die Arbeiter hatten uns Mißstände auf dieser Grube unterbreitet. Der Direktor bezweifelte, daß diese Mißstände vorlägen und forderte meine Kollegen Wagner auf, mit einzufahren, um das selber zu untersuchen. Dem Kollegen Wagner aber scheint es ähnlich ergangen zu sein, wie manchem Kontrolleur. Er wollte an einem Montag einfahren, aber das durfte er nicht. Die Einfahrt geschah erst am Dienstag. Dennoch gelang es ihm, einige Mißstände aufzudecken. Vielleicht wäre das Bild ein anderes geworden, wenn man, seinem Wunsch entsprechend, ihn am Montag hätte einfahren lassen und wenn man ihm einen Vertrauensmann der Bergarbeiter mitgegeben hätte. Der Kamerad Schmidt hätte sich angeboten, mitzugehen, aber der Grubenbesitzer erlaubte es nicht. Man hat übrigens meinen Kollegen Wagner auf das freundlichste empfangen und ich will nur hoffen, daß man auch auf anderen Gruben ein ähnliches, wenn auch geringeres Entgegenkommen, zeigen möchte.

Was aus meinen Darlegungen auf dem Kongress ersichtlich ist, handelt es sich weniger um eine Kritik als um eine Mitteilung. Mir kam es darauf an, mitzutheilen, daß überhaupt jemand von dem bekannten Arbeiterführer zur Grubenkontrolle herbeigehoben wurde und da ist mir allerdings der Herr Wagner unterlaufen — ich hatte kurz und nur flüchtig mit meinem Kollegen Wagner über die Angelegenheit gesprochen — indem ich aus dem von meinem Kollegen Gehörten annahm, daß er am Montag hätte einfahren wollen.

Was aber macht nun die Besche Dorstfeld für eine Staatsaktion aus unzuverlässigen Berichten der Presse? Sie bezeichnen meine Ausführungen als unzutreffend:

1. daß Herr Wagner die Befahrung in Vorschlag gebracht habe, er ist vielmehr dazu eingeladen worden;

2. daß ihm die Befahrung am Tage nach der Versammlung verweigert worden sei; er hat selbst gewünscht, am zweitfolgenden Tage einzufahren;

3. daß er mehr hätte sehen können, wenn er in seiner Begleitung einen Arbeiter gehabt hätte; Herr Wagner hatte alle seine Wünsche auf einen Zettel geschrieben, und er hat über und unter Tage alle Betriebspunkte und Einrichtungen gesehen, die er nannte;

4. daß dem Bergwerksbeamten jemals die Einfahrt auf Besche Dorstfeld verweigert sei. Die Beamten der künftigen Bergbehörde, insbesondere die Einfahrer, kommen fast ausnahmslos unangenehm bei den Grubenbesuchungen und befahren nach eigener Bestimmung und ohne vorherige Benachrichtigung wöchentlich mehrfach unsere Gruben.

Nach dem Verhalten des Herrn Wagner bei der Grubenfahrt können wir nicht annehmen, daß er trotz unseres Entgegenkommens eine unzutreffende Darstellung gegeben hat. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die unwahre Berichterstattung auf dem Deutschen Bergarbeiterkongress dem Herrn Pogorny zur Last zu legen ist.

Wie verhält es sich in Wirklichkeit? Zu Punkt 1 habe ich gerade das Gegenteil gesagt, was mir von der Gewerkschaft Dorstfeld unterzogen wird. Bei Punkt 2 liegt meinerseits der eingetragene Irrtum vor, den ich gerne berichtigte und zu Punkt 3 führt die Besche Dorstfeld an anderer Stelle folgendes selbst aus:

„Seine (Wagners) Begleitung wurde dem Betriebsführer dieses Schachtes übertragen. Unmittelbar vor der Grubenfahrt hat Herr Wagner noch den Wunsch ausgesprochen, daß ihn auch ein Arbeiter begleiten dürfe. Dies hat der Betriebsführer mit der Begründung abgelehnt, daß kein Arbeiter die Grube so gut kenne, wie der Betriebsführer, und daß dieser den Herrn Wagner überall hinführen wolle, wohin es nur gewünscht würde. Der Betriebsführer hatte Anweisung, daß er die Teilnahme eines Arbeiters zulassen solle, falls Wagner hiernach die Ausführung seiner Absicht abhängig machen würde. Dies ist jedoch nicht geschehen.“

Die Befahrung der Grube hat etwa vier Stunden gedauert und Herr Wagner hat alle Betriebspunkte gesehen, die er benannte und hat auch auf alle Fragen Auskunft erhalten. Nur als er vor einem Betriebspunkte nach dem Gesagten fragte, hat der Betriebsführer ihn gebeten, solche Fragen nicht vorzubringen.

Was will da die Besche unter Punkt 3 berichten oder beweisen? Freilich hätte Wagner mehr sehen und erfahren können, wenn er zu seiner Begleitung noch einen auf der Besche bekannten und aktiven Bergmann zum Führer mitgebracht hätte! Wagner hatte sich nur einige Arbeitsstellen vermerkt; es fehlten ihm besondere Anhaltspunkte für seine Befahrung und er mußte sich darum im weiteren der Führung des Betriebsführers völlig überlassen. Wagner wünschte aber die Mitbegleitung eines aktiven Bergarbeiters, um der alleinigen Führung durch den Betriebsführer zu entgehen. Dadurch, daß die verlangte Begleitung abgelehnt wurde, verlor die Befahrung als Kontrolle an Wert und Bedeutung. Wenn gesagt wird, daß auch dann die Befahrung nicht abgelehnt worden wäre, wenn Wagner absolut auf seinem Standpunkt, einen Arbeiter mitzuführen zu lassen, verharret hätte, so ist nur zu bedauern, daß Wagner nicht auf den Gedanken kam, seinen Willen durchzudrücken. Aber dafür fehlte ihm die Gabe der Gedankenleselei. Die Besche hätte wohl sehr gut getan, ihre Widerlegung unter Punkt 3 für sich zu behalten. Unter Punkt 4 hatte die Besche Dorstfeld erst gar keine Veranlassung, etwas zu berichten, wie aus meinen Ausführungen auf dem Kongress hervorgeht. Was nicht gesagt worden ist, berichtigt man doch nicht!

Wir sehen, der Besche ergreift es mit ihren Darlegungen schlimmer, wie mir mit meinen Ausführungen. Ich habe nur in einem Fall geirrt, was jedem passieren kann, wenn er sich nach Gehörtem richten muß. Wir sehen es ja an den Presseberichterstattungen, die der Besche Dorstfeld die Besche vorsetzt, die die Besche nun mit ihren Berichtigungen auslösen muß. Es wäre also besser gewesen, die Besche Dorstfeld hätte mit ihrer Berichtigung so lange gewartet, bis ihr das Protokoll des Kongresses zu Händen kam. Ich habe das bei anderen Gelegenheiten auch anderen Organen empfohlen. Wenn selbst auch ein Stenogramm Fehler enthalten mag, so ist es doch zuverlässiger, als die kurzen Mitteilungen der Presse über Verhandlungen von Kongressen.

78 Kranke Beringhausen verlassen.

Am 21. d. M. haben infolge Differenzen über Bestätigung und Behandlung 78 Mann die krankenheime Beringhausen verlassen. Am 18. d. M. blieben meist infolge ihres schlechten Gesundheitszustandes zurück. Wir haben häufig Klagen und Beschwerden über die Verhältnisse in Beringhausen gebracht, aber ohne Erfolg. Wie sehr unsere Kritik aber berechtigt war, wird durch obigen Vorgang gezeigt. 78 Mann verlassen die Heilstätte infolge der dort herrschenden Verhältnisse. Jedenfalls haben diese Leute sich nicht aus Lebensmut zu diesem schweren Schritt verleiten lassen. Hoffentlich sehen das auch die maßgebenden Faktoren ein und sorgen für gründliche Abhilfe. Wie uns noch berichtet wird, haben die Leute eine Kommission von drei Mann gewählt, um auch mit dem Anwartschaftsverband in der Angelegenheit zu verhandeln. Diese Kommission ist bereits am 22. d. M. vorstellig geworden. Da aber Anwartschaftsleiter Köhne abwesend war, konnte ein Resultat nicht erzielt werden, vielmehr wurde die Verhandlung bis zu dessen Rückkehr verschoben.

Wie ein christlicher Vertrauensmann mit der Wahrheit umspringt?

Am 10. v. M. fand bei Wolf in Linden eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, welche auch von einer Anzahl Kameraden aus dem christlichen Gewerksverein besucht war. In der Diskussion ergab sich auch der christliche Vertrauensmann Schulte das Wort und sagte u. a. der Referent Wagner habe sehr schön und anständig gesprochen, würde aber vielleicht doch anders gesprochen haben, wenn Ernst dort gewesen sei. Wagner erklärte darauf, daß die Besichtigung Schultes durchaus unbegründet seien und, daß er auch bereit sei, falls ihm freie Redezeit zugestanden werde, Ernst und jedem anderen Rede und Gegenrede zu stehen. Am 21. v. M. erhielt Wagner von Schulte ein Schreiben folgenden Inhalts:

Linden, 18. Januar 1900.

Herr Kamerad!

Am Sonntag, den 24. Januar 1900, vormittags 11 Uhr findet im Saale des Herrn Scheidmann in Linden eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, wozu ich Dich hierdurch kameradschaftlich zur freien Diskussion einlade. Hoffentlich wirst Du Dein in der Versammlung am 10. Januar bei Wolf gegebenes Versprechen einlösen. Dein Nichterscheinen würde gleichbedeutend sein wie Freigabe oder ein Jaß drücken wollen.

Mit kameradschaftlichem Glanz!

H. Schulte, Linden, Hochstraße 48.

Wagner sandte darauf an Schulte folgendes Antwortschreiben: Potsdam, den 22. Januar 1900.

Herr Kamerad!

Leider kann ich Deiner Einladung keine Folge leisten, da ich schon für eine Verammlung in Dorstfeld vorgesehene war, als ich Dein Schreiben erhielt, wie Du auch aus unserer Zeitung, welche Dienstagabend wird (Mittwoch) erhalt ich Dein Schreiben) ersehen, kamst. Ich bin natürlich bereit, einer späteren Einladung Folge zu leisten, wenn sie an mich ergreift, bevor andere Dispositionen getroffen sind und Garantie geboten wird, daß mir dieselbe Redezeit gewährt wird, wie dem Referenten. Eine solche Garantie würde ich nur in der gleichmäßigen Besetzung des Bureaus der Versammlung durch Mitglieder der vertretenen Organisationsstellen erblicken. Wenn Ihr damit einverstanden seid, daß das Bureau der Versammlung in besagter Weise zusammengesetzt und mit derselben Redezeit wie dem Referenten gewährt wird, bin ich jederzeit bereit Eurer Einladung, wenn dieselbe mir zugeht, bevor andere Dispositionen getroffen sind, zu folgen. Wenn wir Euch dort, wo Ihr nur sehr wenig Mitglieder habt, die Versammlungen füllen sollen, muß es für uns auch einen greifbaren Zweck haben, und wir wollen uns nicht, wie bei Euch üblich, im Schlußwort beschlimpfen lassen, ohne darauf erwidern zu können. Mit kameradschaftlichem Gruß, Dein Theodor Wagner.

Trotz dieses in durchaus kameradschaftlichem Tone gehaltenen Schreibens brachte es Schulte fertig, in einem in tausenden von Exemplaren verbreiteten Handzettel zu behaupten, Wagner hätte kein Erscheinen bestimmt zugesagt. Damit aber nicht genug, fiel er in der Versammlung in beleidigender Weise über Wagner her, nannte ihn einen Feigling und begreife, ohne auch nur zu erwähnen, daß dieser abgeschrieben hatte. Schulte hat also in beiden Fällen, in der Versammlung sowohl, als in seinem Handzettel, unwahre Behauptungen aufgestellt und zwar, wie die Verhältnisse zeigen, gegen besseres Wissen. Damit ist dieser „Ehrenmann“ für uns erledigt. Es zeigt dieser Fall aber so recht, zu welchen unedlen Mitteln diese angeblichen Christen greifen, um ihre Versammlungen zu füllen und unseren Verband und seine Mitglieder in den Kot zu zerren.

Radbod.

Kamerad Pogorny wurde vom Amtsgericht (?) Münster angefordert, die Namen von Leuten anzugeben, die am Unglückstage auf Radbod noch Lebende vermuteten, auch dann, als die Rettungsarbeiten eingestellt wurden. Pogorny wird dieser Aufforderung selbstverständlich nachkommen. Wir wollen aber hier unserer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß es sich feststellen läßt, ob bei und nach Einstellung der Rettungsarbeiten noch Lebende in der Grube waren oder nicht. Wir haben schon l. B. dringend ersucht, um aller Beruhigung auch Leute, die wir vorschlagen würden, zu den Bergungsarbeiten auf Radbod zuzulassen. Nur so könne bisher aufgetretenen Meinungen und eventuell kommenden Gerüchten der Stab gebrochen werden. Wir stützen uns auf das Vertrauen, daß wir nun einmal bei den Vergleuten besitzen. Und wir könnten gewiß dazu beitragen, Beruhigung zu schaffen. Aber dazu gehört, daß die Untersuchungsbehörde sich gleichfalls erinnert, daß sich auch bei uns die Ueberzeugung Bahn brechen muß, daß die aufgretenden Behauptungen über die Katastrophe haltlos sind. Wir ersuchen darum dringend, unseren Wünschen Rechnung zu tragen.

Sozialdemokratische Taktik und Berichterstattung.

Nach einem Bericht in Nr. 7 des „Bergknappen“ unter obiger vielversprechender Ueberschrift soll in einer Versammlung in Witten am 24. Januar nach einem Referat des Kameraden Otto Huc eine Resolution angenommen worden sein, worin u. a. gesagt war: Die Bergarbeiter erwarten vom preussischen Landtag die Erfüllung ihrer Forderungen auf ausreichenden Bergarbeiterschutz. Der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ habe diese Resolution im richtigen Wortlaut nicht gepostet, und habe sie über ihre Berichterstattung diese bei dem ungenügenden. Statt der im ersten Satz enthaltenen Worte „erwarten vom preussischen Landtag“, habe sie die Worte „erwarten von der Gesetzgebung“ gesetzt. Um dieses der Wit- und Nachwelt kundzutun, verabschiedet der „Bergknappe“ über eine halbe Spalte seines „kostbaren“ Raumes. Leider sind wir aber gezwungen, um der Wahrheit die Ehre zu geben, ihm etwas Wasser in seinen Wein zu gießen. Die Darstellung des „Bergknappen“ entspricht in keiner Weise den Tatsachen, und die Berichte, auf die er sich stützt, sind unrichtig. Der „Bergknappe“ hat also keine Ursache, die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ der „Fälschung“ zu bezichtigen. In der Resolution war, wie die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ durchaus wahrheitsgemäß berichtet, gesagt: Die Bergarbeiter erwarten von der Gesetzgebung die Erfüllung ihrer Forderungen auf ausreichenden Bergarbeiterschutz. Damit fallen auch die vom „Bergknappen“ an diesen Fall geknüpften Kombinationen in sich zusammen und können wir uns ersparen, näher darauf einzugehen. Die Taktik und Berichterstattung des „Bergknappen“ werden durch diesen Fall wieder einmal treffend gekennzeichnet.

August Brust gegen Lohnerhöhung der Bergarbeiter.

Die Schaumburg-Lippischen Kameraden, über deren Lohnerhältnisse wir vor kurzem in der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine eingehende Schilderung gaben, hatten an den preussischen Landtag um Lohnerhöhung perit orientiert. Am Donnerstag, den 18. Februar, stand die Petition im preussischen Landtag zur Verhandlung. Die Kommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung! Dem widersprach der sozialdem. Abgeordnete Leinert im Landtag. Er begründete die Petition wie folgt:

„Die Petition trägt 1660 (fast aller Bergarbeiter) Unterschriften. Die Lohnerhältnisse in Schaumburg-Lippe sind die allerchlechtesten in den preussischen Gruben. Der Jahreslohn betrug dort 1905 890 Mk. und beträgt jetzt 905 Mk. Gegen das vorige Jahr soll er um 28 Mk. gestiegen sein, das beweist aber nur, daß er seit 1905 wiederum stark gefallen war. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund beträgt der durchschnittliche Lohn der Bergarbeiter jährlich 1404 Mk., in Saargebiet 1206 Mk., in Oberschlesien 1049 Mk. In der Kommission hat man gesagt, es handle sich dort um angesehene Leute; wenn sie sich nicht gut händen, wären sie während der Hochkonjunktur weiter nach Westfalen gegangen. Eine solche Bemerkung seitens der Regierung ist doch ganz unangebracht, denn die Regierung hat doch alles Interesse, angesehene Leute am Orte zu halten. Was Gelegenheit ist in Schaumburg-Lippe überhaupt nur auf zwei Stellen vorhanden. Ein großer Teil der Bergleute muß schmutzig nach Hause gehen. Also es kann keine Rede davon sein, daß es den Bergarbeitern dort so außerordentlich gut geht. Der Grund, daß es sich nicht um ein rein preussisches Werk handelt, kann doch nicht gegen die Petition sprechen. Es ist auch nicht richtig, daß die Lippische Regierung die Lohnerhöhung abgelehnt hat, höchstens der Lippische Fürst. Von Landtagsabgeordneten aus Lippe ist mir gesagt worden, daß sie sehr gern für die Lohnerhöhung eintreten würden, sie hätten aber gar keine Gelegenheit dazu, weil die Einnahmen der Bergwerke nicht in dem Etat des Fürstentums Lippe erscheinen. Es werden dort 2 426 000 Mk. an Löhnen und Gehältern gezahlt. Die Forderungen der Bergleute würden eine Mehrausgabe von 218 300 Mk. bedeuten. Ich kann Sie nur dringend bitten, im Interesse der Bergleute, der am schlechtesten gestellten preussischen Bergleute, diesen Antrag anzunehmen. Es würde im übrigen einen außerordentlich schlechten Eindruck machen, über eine Lohnerhöhung von Arbeitern hier schlechtester Zugangsordnung überzugehen, zumal da wir schon in Verhandlungen stehen über Gehaltsaufbesserung für Beamte. Die Behauptung, daß tatsächlich Lohnerhöhungen in letzter Zeit stattgefunden haben, muß erst noch bewiesen werden. Mit einer früheren Lohnerhöhung von 20 Pfg. war auch eine Verlängerung der Arbeitszeit verbunden! Der Antrag ist nur ein Akt der Gerechtigkeit.“

Wahol, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit gewesen, hätte man die Petition berücksichtigt. Wie sie aber behandelt wurde beweist, daß als einziger Redner außer Leinert nur August Brust sprach. Und dieser führte sich in der Rolle eines Regierungskommissars. August Brust kam her und meinte, daß es nicht am Platze wäre, bei einer niedergebenden Konjunktur die Löhne zu erhöhen. Bei 905 Mark Jahreslohn kommen ja Brust eine Lohnerhöhung für unnötig. Die Jubelschreie hatten l. B. recht, wenn sie Brust für eine Anstellung in einem Bechenverband für reif hielten. Nun, sie sind selbst nicht besser. August Brust als Gegner von Lohnerhöhungen der Bergarbeiter bei oben genannten Einkommen. Wahrhaftig, tiefer konnte der Mann nicht sinken!

Arbeiterbetrüger!

Die Zentrumsorgane haben sich mit unserm Artikel, der die Wahlergebnisse für Preußen behandelte (Nr. 6 der „Bergarbeiter-Zeitung“) und der die Haltung der Zentrumsorgane zum preussischen Wahlrecht einer derben aber verdienten Kritik unterzog, recht schnell abgefunden.

Statt zu niederlegen oder in der Wahlrechtsfrage Distanz zu wahren, weil die Haltung des Zentrums des Volksempfindens widerspricht, kommt man her und fängt an über die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu schimpfen. Da man auch nicht einen Satz unserer Darstellungen widerlegt, sondern nur schimpft, so ist wohl der Beweis erbracht, wie wir das Richtige getroffen haben und wie Recht wir haben, auch als Gewerkschaftsorgan die längsten gerade dieser Partei im Auge zu behalten. Das schwarze Sündenregister dieser Partei hat besonders in letzter Zeit wieder tüchtig Nahrung erhalten. Wir führen u. a. nur an:

1. Die heuchlerische Stellungnahme der Zentrumsorgane in der preussischen Wahlrechtsfrage.
2. Die Stellung der Zentrumsorgane zu der Frage der Abschaffung der Frauenarbeit auf den Gruben.
3. Die Unterfertigung der Zentrumsorgane wurde ein Antrag im Reichstag angenommen, der die Verhaftung der Frauenarbeit auf den Bergwerken auch weiterhin zuließ. Man verbietet nicht die Frauenarbeit in der Vorbereitung, in der Separation und in der Wäsche. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat bekanntlich in seiner Petition die Abschaffung der Frauenarbeit auf den Bergwerken verlangt. Wenn auch die Petition noch bei den Akten ruht, so hat der Reichstag sich inzwischen mit der Abschaffung der Frauenarbeit auf den Bergwerken beschäftigt. Das Zentrum hat aber hier ein Gesetz verhindert, das das völlige Verbot der Frauenarbeit vorsah. So behandelt das Zentrum christliche Bergarbeiterforderungen! Reuzgehül der Frauen können auf den Bergwerken weiter beschäftigt werden. Weiter: Die Kommission, die die Frauenarbeit auf den Bergwerken beriet, hatte auch beschlossen, das das Verbot, neue Frauen in Kokereien einzustellen, mit dem 1. Januar 1910 in Kraft treten sollte. Das Zentrum und mit ihm Franz Behrens hatten aber im Plenum des Reichstages einen Antrag durchdrücken, wonach das Verbot erst mit dem 1. April 1912 in Kraft treten soll!
4. Herr Trindorff hat bei Beratung einer Petition der Bergarbeitervereine die Beifügung aus dem Mißbeden sich gegen ein Gesetz ausgesprochen, das die Zulassung von Arbeitersekretären vor den Gewerkschaften, Schiedsgerichten zc. gesetzlich festlegt. Das Zentrum stimmte seinem Führer zu. Eine nette Arbeitersekretär!
5. In Zentrumskreisen wird mächtig Sturm gelaufen für Abschaffung der kleinen Renten (etwa die Unfallrenten unter 20 und 25 Proz.). Die preussische Regierung verlangt einen Steuerzuschlag (Einkommensteuerzuschlag) auf die Einkommen von 7000 Mk. Zentrum und Konservativen beschloffen jedoch, diesen Steuerzuschlag schon bei einem Einkommen von 1200 Mk. zu erheben. Und das jetzt, angesichts der Krise und angesichts der Folgen des § 28 des jetzigen Einkommensteuergesetzes. Wir werden sich die christlichen Bergarbeiter über diesen Steuerzuschlag freuen! Oder auch nicht.
6. Das Zentrum läßt durch Jmbusch und Dr. Well aus Essen im preussischen Landtag vorbringen, daß es in Frage der Vergebung nicht auf die alten Forderungen der Bergarbeiter auf unabhängige und vom Staate gebildete Grubenkontrolleure aus den Reihen der Arbeiter zurückkommen will, sondern daß es die Regierungsvorlage mit einigen Änderungen annehmen wird. Was die Bergarbeiter aller Richtungen seit zwei Jahrzehnten fordern, ist den Jmbusch und Genossen Mümpf!

Wir haben nur wieder einige Fälle hier aus jüngster Zeit über die Stellungnahme der Zentrumsorgane angeführt. Die Fragen, die wir oben berührten, gehen uns als Bergarbeiter nicht wenig an. Und darum ist es nötig, unseren Bergarbeitern zu zeigen, was das eigentlich für eine Partei ist, die sich der „Gewerksverein christlicher Bergarbeiter“ zum politischen und gewerkschaftlichen Schutzpatron erkoren hat. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Langenbochum. Mitglieder des christlichen Gewerksvereins kolportieren hier die unwahre Behauptung, ich hätte das frühere Verbandsmittglied Ludwig Voz gestrichen, weil Voz während seiner Krankheitszeit keine Beiträge gezahlt habe. Diese Behauptung ist völlig erfinden, denn L. ist freiwillig ausgetreten, vielleicht weil er kein Krankengeld beziehen konnte, da er noch keine 52 Wochen Mitglied war. Dies zur Steuer der Wahrheit. Dr. Rath.

Sodingen. Nieder mit dem Gewerksverein, so betitelt sich das neueste Flugblatt der „Christen“. Wir wollen auf das, was darin zu unannehmlichem wird, nicht näher eingehen, sondern nur einen Fall anführen, der für diese „Christen“ sehr bezeichnend ist. Fanden da vor kurzem zwei Gemeinderatswahlen statt, wobei drei Mitglieder des Gewerksvereins anstatt des bisherigen Kandidaten, einen Arbeiterkandidaten wählten. Plugs hielt man großen Rat, was mit diesen „Verbrechern“ zu geschehen hat. Da es sich herausstellte, daß man nicht fähig war, ein Urteil zu fällen, wollte man sich nicht dem Kriegesverein richten. Da sich der Kriegesverein auch entschließen wollte, die „Verbrecher“ auszuscheiden aber wegen innerer Herwirrung noch nicht soweit gekommen ist, waren die drei Gewerksvereinsmitglieder so vernünftig und traten selbst aus. Dieser Fall zeigt wieder so recht, daß wer nicht Zentrum wählt, liegt. Seine freie Meinung äußern, darf man im Gewerksverein nicht. Man agitiert für einen Zehnerkandidaten im Gemeindeparlament, aber Zehnergewerksverein ist man nicht. Man arbeitet, um einen Zentrums-kandidaten durch zu bekommen, aber Zentrumsgewerksverein ist man nicht. Ei bewahre! Man läßt sich laut Flugblatt nur von der Sorge um das Wohl der Arbeiter leiten, aber in den Gemeinderat wählt man einen Zehnervertreter, der sich nur von der Sorge um das Wohl der Besche leiten läßt. Vater, vergib ihnen!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Berichtigung eines M.-Glabbacher „Christen“.

Ein Herr Karl Ger mann sendet uns folgende, jedenfalls vom Rechtschreibbureau des Zentrums gewerksvereins angefertigte angebliche Berichtigung:

„Sie bringen in der Nr. 5 der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Artikel, in dem angegeben ist, daß ich von der Besche beurlaubt bin. Auf Grund des Pressegesetzes erlaube ich Sie nun um folgende Berichtigung: Die in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen mich, sowie gegen die Grubenverwaltung gemachten Anschuldigungen entsprechen nicht den Tatsachen. Bei meiner Anstellung bei dem Gewerksverein wurde mein Antrag auf Bewährung von Urlaub von der Grubenverwaltung abgelehnt und ich war infolgedessen genötigt, meine Absicht zu nehmen. Dies zur Steuer der Wahrheit. Ergebenst! Karl Ger mann.“

Dazu schreibt unser Kamerad Leinert:

Am 17. Januar fand in Oberbergbad eine gut besuchte Bergarbeiterversammlung statt, in welcher der christliche Vertrauensmann Vili unternahm, mich „abzufertigen“ und sich zu diesem Zwecke nicht weniger als drei bis viermal zum Wort meldete, obwohl die ganze Versammlung, auch die „Christen“, darüber recht ungeduldig wurden, weil Herr Vili sich und das M.-Glabbacher „Christentum“ gründlich blamierte. Mein Kollege Petterich bemerkte zu dieser fortgesetzten Wortmeldung, daß die „Christen“ in unserer Versammlung u. von dem Vairredt der freien Diskussion so ausgiebig Gebrauch machten, aber in ihren Versammlungen uns das Wort verweigerten. So habe vor einigen Tagen noch in Neuwirchen eine „christliche“ Bergarbeiterversammlung getagt, wo man ihm (Petterich) und seinen Verbandskameraden das Wort hartnäckig verweigerte, ihm sogar mit hinauswerfen gedroht habe! Darauf entgegnete die „Christen“, daß es sich hier um eine Belegschaftsversammlung der Grube König gehandelt hätte und daß nur Belegschaftsmitglieder sprechen dürften. Petterich fragte nun: „Ist denn der „christliche“ Gewerkschaftssekretär Ger mann noch Belegschaftsmitglied?“ denn der hat das Wort in der Versammlung geführt. Die Antwort des „christlichen Vertrauensmannes Vili lautete wörtlich:

„Unser Kamerad Ger mann gehört heute noch der Belegschaft der Grube König an. Er ist nicht abgelehnt, sondern er hat Urlaub erhalten!“

Diese Mitteilung wurde von vier bis sechs weiteren „Christen“ in jener Versammlung o s t e n t a t i v bestätigt, das werden mir mehr als hundert Verbader Kameraden bezeugen, und ich habe sofort das Geständnis der „Christen“ festgenagelt, habe darauf hingewiesen, daß unsere Mitglieder gemahregelt wurden, während der Saarfälischen Bergleute beurlaubt, um als „christliche“ Gewerkschaftssekretäre die Belegschaft „aufzubehalten“, aber die „christlichen“ Vertrauensmänner blieben dabei, Ger mann sei beurlaubt, sei noch Belegschaftsmitglied der Grube König und ich mußte es schließlich als wahr annehmen, zumal die Behauptungen mit solcher Bestimmtheit vorgebracht wurden, daß sie einen Zweifel nicht mehr zuließen. Ich habe also nur geschrieben, was mir „christliche“ Vertrauensleute mitteilen und daraus gefolgt, was mir eben dieselben „christlichen“ Vertrauensleute und Mitglieder am 17. Januar 1900 in Oberbergbad bezeugten! Habe ich dabei eine Unrichtigkeit geschrieben, so haben die „christlichen“ Vertrauensleute mich und die ganze Versammlung angehen. Haben sie aber die Wahrheit gesagt, dann lügt Herr Ger mann mit seiner „Berichtigung“.



